

NETZ-Info

2021/2



„Global denken –
lokal handeln“

Ökumenisches Netz Bayern
für Gerechtigkeit, Frieden
und Bewahrung der Schöpfung

INHALT	Seite		
Infobrief	3	Wir müssen unser Leben ändern	18
Einladung: Vollversammlung	3	Rede Nirit Sommerfeld	18
Gott liebt die Vielfalt	5	Gerechtigkeit	
Marie Veit 100 Jahre	6	4 Ansätze zum Flüchtlingsschutz	21
Schöpfung		Armutquote so hoch wie nie	21
Zum Welttag der Ozeane	8	Bericht von Sea Watch	22
Tag der Erdüberlastung	9	Gedenktag zur Solidarität	23
Notfall Klima	9	Erpressbar?	24
Strafe – Hölle auf Erden	10	Anlass zu großer Sorge	25
Klima-Studie Bayern	10	Mit Schuldenerlass Ernst machen	25
Bundestagswahl Klimawahl	11	Urteil gegen Verantst.-Verbot	27
Lebensmittel als Abfall	12	Ökumene	
Umfassend verfügbar	14	Casa comun	29
Bio-Lebensmittel	14	Ökumenische Nachrichten	29
Frieden		Buchempfehlungen	30
Interview Margit Käsmann	16	Was ich wirklich glaube	30
		Letzte Seite	32

TRÄGERVEREIN ÖKUMENISCHES NETZ BAYERN e.V.

Vorsitzende: Michael Kappus und Sybille Ott

Buchungsstelle: Christiane Hohenstein-Zechbauer (Schatzmeisterin),

Homepage: www.oekumenisches-netz-bayern.de oder kurz: www.oenb.de

Bankverbindung: LIGA Bank eG Regensburg, IBAN: DE21 7509 0300 0001 3109 92 oder

Evangelische Bank Kassel, IBAN: DE14 5206 0410 0003 5025 20

Ständiger Ausschuss (STAU) (Veröffentlichung der Namensliste genehmigt)

Bleher, Martin	Düsseldorfer Str. 13, 80804 München E-Mail: Martin.Bleher@t-online.de
Caesperlein, Dr. Adolf,	Bäumlstr. 51, 82178 Puchheim, E-Mail: adolf.caesperlein@chmela.de
Garten, Regina	Ödenberger Str. 154, 90491 Nürnberg, 0911/593361, Email queensgarden@t-online.de
Gollwitzer, Elisabeth	Zum Stiegelfeld 1, Nürnberg, E-Mail: elisabeth-gollwitzer@web.de
Kappus, Michael	Tölzerstr. 7, 81379 München, 089/7232742 E-Mail: kappusm@aol.com
Noggler, Dr. Othmar	Kapuzinerstr. 34, 80469 München, 0151/28593558, E-Mail: onoggler@gmx.de
Olberz, Marlies	Josef-Lang-Str. 1, 81245 München, E-Mail: mmolberz@web.de
Ott, Sybille	kda, Schwanthalerstr. 91, 80336 München, 089/53073744, E-Mail: ott.sybille@kda-bayern.de
Schmid, Hans-Jörg	Unter dem Lehenhof 28, 91413 Neustadt, 09161/307451, E-Mail: b-hj.schmid@web.de
Stahl, Sepp	Sonnenstraße 18, 93356 Teugn, 09405/2677 E-Mail: josef.stahl@web.de
v. Sayn-Wittgenstein, Christian-Ludwig,	Rothschwaiger Str. 39, 82256 Fürstenfeldbruck 0175 6633373, E-Mail: christian-sayn.2010@googlemail.com

IMPRESSUM:

Das NETZ-Info ist ein Informationsdienst für Mitglieder, Aktive, Freunde und Interessierte des Ökumenischen Netzes Bayern (ÖNB). Es erscheint zweimal im Jahr.

Redaktion: Hans-Jörg Schmid, Sepp Stahl, Hans Harald Willberg

Herausgeber: Ökumenisches Netz Bayern, c/o H. H. Willberg, Rednitzstr. 70, 90449 Nürnberg; Email: haha.willberg@t-online.de, Druck: Online-Druckerei viaprinto
Adressänderungen bitte an **Christiane Hohenstein-Zechbauer**, czechbauer@web.de,
Tel: 08821-2998

Infobrief

Verhängnisvolle Flutkatastrophen, lichterloh brennende Wälder, Hurricane in Mecklenburg – die Klimaveränderung zeigt ihr hässliches Gesicht. Die Pandemie gebiert immer neue Varianten und lässt sich einfach nicht in den Griff kriegen. Trotz großer Erfolge: Die Medizin ist weitgehend ratlos. Trotz jahrzehntelanger Präsenz der gewaltigsten Militärs fällt Afghanistan in Tagen zurück an die Taliban – ob nicht vielleicht die Weltpolitik völlig neue Maßstäbe braucht: Statt militärischer Macht Friedens-Diplomatie?

Vielleicht verwundert es Sie, liebe Leserinnen und Leser, dass Sie angesichts einer so bedrohlichen Weltlage in diesem Heft erstmal einer Pfingstpredigt begegnen. Sind nicht genug andere Themen dringender? Ich habe gezögert, ob ich sie aus unserem Konzept rausnehmen sollte. Eine Predigt gehört doch eher auf eine Kanzel, nicht in ein Infoheft, das sich mit so vielen dringenden Themen zu befassen hat! Aber vielleicht kann sie einen Moment zum Innehalten schaffen. Ein zentraler Grundgedanke ökumenischer Existenz wird in ihr deutlich: Da braucht es keine Symbole der Macht und der Einheit. Gott liebt die Vielfalt, das ist das Thema. Das wird als biblische Grundaussage deutlich gemacht. Ob es nicht auch – und gerade dort – für das Geschehen in der Welt etwas zu sagen hat?

Das unmenschliche Unrecht, das sich an den Außengrenzen der EU mit den Flüchtlingen abspielt, kommt in diesem Heft natürlich auch zur Sprache. Es sieht ja so aus, als wolle die Kommission der EU nichts dagegen unternehmen!

An die heftige, kriegerische Auseinandersetzung zwischen dem Staat Israel und den Palästinensern erinnert eine Rede von Nirit Sommerfeld. Ich finde sie sehr lesenswert!

Und fast am Ende des Heftes finden Sie ein ganz persönliches Glaubensbekenntnis. Vielleicht regt es Sie an, das auch mal zu versuchen: auszusprechen, „was ich wirklich glaube!“?

Wir wünschen Ihnen Entdeckungen beim Lesen. Und wenn Sie welche finden, vielleicht mögen Sie uns schreiben? Das wäre schön. – Aber zuerst: Den Studientag studieren!

Hans Harald Willberg mit Hans-Jörg Schmid und Sepp Stahl

Studientag und Vollversammlung des ökumenischen Netzes

Auf der nächsten Seite laden wir zur Vollversammlung mit Studientag ein. Bereits Anfang Juli wurden Mitglieder und Interessierte per Mail oder Brief angeschrieben.

Viele von Ihnen / Euch wissen aus naheliegenden Gründen noch nicht, ob sie kommen.

Wir haben lange überlegt ob und wie wir ein Treffen nach so langer Zeit ausrichten sollen.

Corona ist im Oktober nicht vorbei, wird es wohl auch danach lange nicht sein.

Wir wollen aber ganz bewusst Begegnungen ermöglichen.

Es gibt bereits einige Anmeldungen; die Versammlung findet statt.

Wer kommt muss geimpft, genesen oder getestet sein.

Der Ablauf des Studientags ist zum Zeitpunkt des Drucks noch nicht fertig, er wird auf unserer Website <https://oenb.de/> ergänzt. Wer sich anmeldet erhält per Mail oder Brief rechtzeitig nähere Informationen.

Michael Kappus

Studententag und Vollversammlung des ökumenischen Netzes

Von Samstag 23.10.2021 bis Sonntag 24.10.2021

im Tagungszentrum Rummelsberg, Rummelsberg 19, 90592 Schwarzenbruck
Der nächste Bahnhof ist Ochenbruck bei Nürnberg.

Wir wollen Zeit zur Begegnung schaffen, am Abend gemütlich zusammensitzen und uns nach so langer Zeit persönlich austauschen.

Für alle Gruppen: Wir fänden es schön, wenn jemand aus Eurer Organisation dabei wäre.

Der *Ablaufplan* ist noch nicht ganz fertig, wird aber auf unserer Website <https://oenb.de/> ergänzt. Hier ein kleiner Überblick.

Samstag

10.15 11.00	-	Abholservice vom Bahnhof Ankommen
11.00-12.00		Begrüßung Wo stehen wir?
		Mittagessen
		Kaffee
15.00 16.15	-	Thema zu „Gewaltfreiheit“ mit Prof. Dr. Orth wird noch genauer benannt
16.30 17.45	-	Thema zu „Gerechtigkeit“ wird noch genauer benannt
		Abendessen
19.00 20.00	-	Trägervereinssitzung
20.00 21.15	-	Abendprogramm Mit Liedern zum Mitsingen und Texten
20.30		Open End

Sonntag

8.00	Frühstück
9.00	Vollversammlung
	Wahlen
10.30	Agapemahl
11.30	Was noch zu sagen wäre Infos aus den Regionen
11.45	Feedback Reisesegegnung Mittagessen Stausitzung mit neuem StAu

Kosten Verpflegung 40 €/ Tag, Person.

Übernachtung im Einzelzimmer DU/WC 41 €/Nacht, Person; 2-Bettzimmer 34€/Nacht, Person

Falls noch nicht geschehen, bitte folgende Information zuverlässig ausfüllen und zurücksenden an die Mail: Michael.Kappus@oenb.de bzw. per Brief an Michael Kappus, Tölzer Str. 7, 81379 München

Name: _____

e-Mailadresse: _____ Telefon: _____

Ich bringe keine Personen mit.

Ich brauche ein Einzelzimmer

ein Doppelzimmer mit _____

Ich komme nur als Tagesteilnehmer

am Samstag

am Sonntag

Ich kann leider nicht kommen

Weiß noch nicht

bitte Mitfahrgelegenheiten untereinander regeln oder bei Bedarf an Michael Kappus wenden.

Es grüßen Euch herzlich Marlies, Christian, Martin und Michael

Gott liebt die Vielfalt

Ökumenische Anregungen

aus einer Pfingstpredigt am 23.5.2021 in Nürnberg St. Lorenz
von Pfarrerin. Cl. Voigt-Grabenstein zu Genesis 11, 1-9 und Apostelgeschichte 2, 1-13

Eine Geschichte fast am Anfang der Bibel: Damals hatten alle Menschen nur eine einzige Sprache – mit ein und denselben Wörtern. Sie brachen von Osten her auf und kamen zu einer Ebene im Land Schinar. Dort ließen sie sich nieder. Sie sagten zueinander: »Kommt! Lasst uns Lehmziegel formen und brennen!« Die Lehmziegel wollten sie als Bausteine verwenden und Asphalt als Mörtel. Dann sagten sie: »Los! Lasst uns eine Stadt mit einem Turm bauen! Seine Spitze soll in den Himmel ragen. Wir wollen uns einen Namen machen, damit wir uns nicht über die ganze Erde zerstreuen.« Da kam der Herr vom Himmel herab. Er wollte sich die Stadt und den Turm ansehen, die die Menschen bauten. Der Herr sagte: »Sie sind ein einziges Volk und sprechen alle dieselbe Sprache. Und das ist erst der Anfang! In Zukunft wird man sie nicht mehr aufhalten können. Sie werden tun, was sie wollen. Auf! Lasst uns hinabsteigen und ihre Sprache durcheinanderbringen! Dann wird keiner mehr den anderen verstehen.« Der Herr zerstreute sie von dort über die ganze Erde. Da mussten sie es aufgeben, die Stadt weiterzubauen. Deswegen nennt man sie Babel, das heißt: Durcheinander. Denn dort hat der Herr die Sprache der Menschen durcheinandergebracht. Und von dort hat sie der Herr über die ganze Erde zerstreut. Gott blickte irritiert auf seine junge Menschheit. Gerade erst sind sie einer ersten großen Katastrophe entkommen: der Sintflut. Gerade erst haben sie sich einigermaßen regeneriert, da fassen sie einen neuen Plan: Wir sind doch ein Volk mit einer Sprache und einer Kultur, und wohnen hier zusammen in einer Ebene. Da brauchen wir auch eine zentrale Stadt - und mittendrin einen Turm. Er soll Zeichen unserer Größe und Einheit sein. Damit können wir uns einen großen Namen machen: We are the greatest. Als Gott das mitbekommen hat, steigt er herab und schaut sich das Ganze von Nahem an: Was will das werden? Es ist nicht das Bauen, das stört. Das war ja der ursprüngliche Auftrag gewesen, zu bebauen und zu bewahren. Aber dieses ständige Wort „ein“ irritiert: ein Volk, eine Sprache, eine Stadt, ein Turm, ein Name. Was will das werden? Soll es so weitergehen: Eine Hautfarbe, eine Partei, eine Denke, eine Art von Musik, eine Art sich zu kleiden, eine Art zu glauben, eine Art zu lieben... Was will das werden? Und Gott sagt: Nein. Nein. Das wird nichts. So nicht. Das ist Terror, das ist der Terror der Monologe und Monokulturen, das ist der Terror der Uniformen und der Uniformität, der Normen und der Normalität, gegenüber der sich alles andere rechtfertigen muss. Aber so war das nicht gedacht! Ich habe sie doch zu zweit geschaffen: Unterschiedlich! Bunt, vielfältig. - Sie sollen sich zueinander wenden. Im Dialog sollen sie die Wahrheit finden. So sind sie mein Ebenbild.

Und Gott greift ein. Er vermengt die Sprache der Menschen. Brachte sie durcheinander. Und es entstand Babel, echtes Gebabbel. Und keiner hörte auf den anderen, alles ging durcheinander. Und die Stadt wurde nicht fertig, und der Turm auch nicht. Und die Menschen sind auseinander gegangen in verschiedene Richtungen. Und bald sprachen sie verschieden, kleideten sich verschieden, schrieben und tanzten und wählten verschieden, dachten und glaubten verschieden, liebten verschieden. So weit hat Gott sie zerstreut: wie ein buntes Mosaik über die ganze Welt. Was will das werden?

Zuerst einmal: diese Geschichte rund um den Turmbau ist keine Bestrafungsgeschichte, wie sie lange erzählt worden ist. Gott straft nicht mit Vielfalt. Er hat vielmehr die Vielfalt seiner Schöpfung vor dem Einheitsbrei bewahrt. Eben nicht nur eine, einer - alles gleich: denn das endet meistens im Diktat einer dominierenden Gruppe. Das kann man an jeder Diktatur ablesen. Natürlich haben dann die, die vorne an der Macht stehen, Angst vor der Vielfalt und vor den Freigeistern. Nicht umsonst ist Njalny in Russland mundtod gemacht. oder die Studenten in Hongkong niedergeprügelt worden, nur weil sie um ihre Freiheit gekämpft haben. Nicht umsonst versuchen fundamentalistische Religionsführer durch strikte Gesetze die Deutungshoheit zu behalten, was richtig und was falsch ist. Und dass sich die katholische Kirche so immens schwertut, den Frauen endlich gleiche Rechte zu ermöglichen,

hat letztlich auch seinen Grund in der Angst vor Machtverlust. Dabei freut sich Gott an der Vielfalt seiner Schöpfung. Bunt sind die Menschen, bunt und vielstimmig. Ausgestattet mit den unterschiedlichsten Begabungen und Fähigkeiten. Der Regenbogen nach der Sintflut hat die Vielfarbigkeit an den Himmel geschrieben. Und allein das ist Grund, dankbar zu sein! Vielfalt heißt nicht gleich Chaos. Vielfalt und Ordnung sind keine Gegensätze. Aber man muss mit Vielfalt umgehen können. Schon in den Geschichten des Alten Testaments kann man lesen, wie das Gottesvolk hin- und herschwankt zwischen guter Einheit und bedenklicher Einförmigkeit: Dürfen unsere Kinder Menschen aus anderen Völkern heiraten? Dürfen wir von Angehörigen eines anderen Volkes überhaupt etwas Gutes erzählen, sie gar als Vorbilder hinstellen? Brauchen wir nicht einen starken Staat mit einer zentralen Stadt und einem zentralen Heiligtum? Immer wieder gehen die Prophetinnen und Propheten dazwischen, lesen den Herrschern die Leviten, warnen. Was will das werden? Durcheinander und Miteinander.

Und dann Pfingsten. Viele Menschen sind in Jerusalem. Aus aller Herren Länder. Sie eilen zusammen und starren zu dem Haus, aus dem so seltsame Geräusche kommen. Sie hören das Rauschen eines Sturmes. Sie sehen, wie Frauen und Männer – eigentlich ganz normale – plötzlich ihre Fenster aufreißen, sich vor die offenen Türen stellen. Und dann fangen sie an in allen Sprachen zu sprechen. Es ist immer noch ein Haus, und doch ist es plötzlich die ganze Welt. Ähnlich wie wenn im Sommer bei uns Hochbetrieb herrscht in der Fußgängerzone beim Bardentreffen: ein buntes Völkchen, das sich da versammelt. So bunt und vielfältig, wie Gott uns erschaffen hat. Zu Pfingsten holt Gott die nach dem Turmbau zu Babel Zerstreuten wieder zusammen. Dort in Jerusalem, vor diesem Haus, da erleben sie das Wunder. Ein Wunder, das ich mir in diesen Tagen in eben diesem Jerusalem so sehr wünschte. Die Verschiedenen verstehen sich. Obwohl sie unterschiedlich sprechen, obwohl sie aus verschiedenen Ländern kommen, nicht nur eine Hautfarbe haben, sich unterschiedlich lieben und vielfältig leben. Aber sie verstehen sich und sie werden verstanden. D.h. vor diesem Haus, auf einem winzigen Stück Erde findet die große Völkerverständigung statt, die so viele ersehnen – und es stehen welche da, denen nichts anderes einfällt als: Die sind wohl besoffen!? So ist es. Wenn das Wunder im Raum steht, können wir es nicht glauben.

Wie will das werden?“ Pfingsten 2021: ein ganz eigenes, ein ganz anderes Fest als in den anderen Jahren. Denn es öffnen sich gerade in vielerlei Beziehung wieder die Türen, Menschen kommen aus den Häusern. Wagen sich wieder in die Gemeinschaft. Endlich kann wieder Begegnung stattfinden. Aber wir werden neu die Vielfalt der Sprachen lernen müssen, denn die Zeit des Lockdowns hat die Denkmuster und Sprachräume eng gemacht. Bist du nicht für mich, bist du gegen mich. geimpft oder nicht geimpft, Corona-Leugner oder nicht, Schwarz oder weiß: Die Farben dazwischen sind verloren gegangen. Aber genau dort, dazwischen beginnt die Verständigung, Im Bunten liegt der Segen! So mag der pfingstliche Geist uns helfen, dass wir die Ohren neu öffnen und den Mund. Dass wir uns Zeit nehmen, einander zu hören und zu verstehen, und uns von unseren Ängsten und Hoffnungen erzählen und so wieder zusammenfinden in der Vielfalt und Buntheit, mit der Gott uns ausgestattet hat. Wie damals vor diesem Haus in Jerusalem, als sich plötzlich alle verstanden. Amen!

„Befreiung der Bibel“

oder: Lesen, was da steht... – Zum 100. Geburtstag von Marie Veit Gottfried Orth

Marie Veits (1921-2004) erste Erinnerungen an Religion sind „angst- und schuld-besetzt“. Sie erzählt, wie schwer es für sie war, „sich zwischen der zugemuteten Rolle und dem eigenen inneren Willen zurechtzufinden. Die Rolle war heilig, das

eigene Willen aber unbezwinglich. War das vielleicht die Macht der Sünde, von der man in der Kirche hörte? Aber es war doch nichts Schlechtes, was ich wollte? In diesen Zwiespalt hatten mich Familie und Kirche gemeinsam gebracht. Aber die

Kirche tat noch etwas anderes für mich und das werde ich ihr bis an mein Lebensende danken. Sie gab mir nämlich das Neue Testament in die Hand. In ihm entdeckte ich so viel Verheißungen, so viel nach vorn weisende Worte, dass ich, unklar noch und mehr gefühlsmäßig, Mut zum eigenen Leben zu fassen begann. Die Zukunft hält noch etwas für mich bereit.“ Die nach vorn weisenden Worte, dass Menschen Frieden schaffen können, dass Gerechtigkeit und Frieden sich küssen und dass die Schöpfung unter der Last ihrer Zerstörung leidet und auf das Auftreten der Kinder Gottes wartet, bestimmten ihre Bibellektüre und ihre Theologie als Religionslehrerin und Theologieprofessorin. Dorothee Sölle war ihre Schülerin und sie nannte sie später „meine alte Lehrerin der Hoffnung“; mit ihr und anderen gründete M. Veit das Politische Nachtgebet in Köln; sie war Mitbegründerin der deutschen und niederländischen Sektion der Christen für den Sozialismus. Hier sah sie die Realisierungschancen von Gerechtigkeit und Frieden.

Doch bei vielen ihrer Student:innen entdeckt sie einen Schicksalsglauben, der sie entsetzte: „Letzten Endes kommt doch alles, wie es kommen soll oder wie Gott es mit uns wollte.“ Und sie entlarvt diesen Schicksalsglauben als ein Stück der Ideologie, die Christ:innen vom Handeln abhält. Doch das Gebet Jesu zielt auf das Leben: „Dein Reich komme“ will die Verwandlung der Welt; „dasselbe Drängen spricht aus der dritten Bitte: dass der Wille Gottes endlich, wie jetzt schon im Himmel, auch auf Erden zum Durchbruch kommen möge. Die Sehnsucht nach der Zukunft Gottes auf Erden, in unserem Leben, das ist die Stimme Jesu, die die Christenheit kaum mehr kennt.“ Und M. Veit lernt von D. Bonhoeffer, „dass man erst in der vollen Diesseitigkeit des Lebens glauben lernt.“ Solche Diesseitigkeit findet sie auch

in einem kleinen biblischen Text, der ihr mit G. Casalis, dem großen französischen Theologen, wichtig wird: „Wir wissen, dass wir aus dem Tod ins Leben hinübergegangen sind, weil wir die Geschwister lieben“ (1. Joh 3,14). Jetzt, hier im Leben sind Christ:innen aufgefordert, sich an der Realisierung der Liebe zu beteiligen, denn Christus will heute „Gestalt gewinnen in der Welt“ (Bonhoeffer mit Gal 4, 19).

Auf diesem Weg der Realisierung gibt es Niederlagen und Gelingen. Und Marie Veit ist das Erzählen des Gelingens besonders wichtig. Sie schreibt: „Lasst uns erzählen, was gelungen ist! Viel schneller sind wir bei Geschichten des Scheiterns, der Niederlagen oder Ausweglosigkeiten. Ich habe mir seit Jahren, um mich selbst in das Denken des Gelingens einzuüben, eine ‚Hoffnungsmappe‘ angelegt. In diese kommen Berichte über gelungene Versuche, in Bezug auf Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung etwas voranzubringen. Die Mappe schwillt unglaublich schnell an, sodass ich zeitweise einen ganzen Hoffnungsschrank hatte. Heute bleiben die Berichte ein Vierteljahr in der Mappe, um dann in ihr Sachgebiet eingeordnet zu werden; es müssen ja gute und böse Nachrichten gesammelt werden, weil es nicht um rosaroten Optimismus geht, sondern um die Erkenntnis, was ‚trotz allem‘ möglich ist. Um Nahrung für die Hoffnung. Ein Blick auf die Welt in Richtung auf Befreiung.“

Wäre dies nicht ein Gedanke, den jede Gemeinde aufgreifen könnte: Hoffnungsgeschichten aufzuschreiben, die Mut machen auf dem Weg, auf dem „das einzige verteidigt wird, was der Verteidigung wert ist: das Recht aller Menschen auf Leben und Freiheit von Angst.“ Ich bin mir gewiss: es wären verlockende Erzählungen, die die Bibel weiterschreiben...

(G. Orth, Genossin Gottes und der Menschen. Bd. 1. Marie Veit – Bibelwissenschaftlerin, Religionspädagogin, Sozialistin. Eine Werk-Biographie. Mit einem Geleitwort von Fulbert Steffensky. Bd. 2. Texte 1972-2000. Münster 2021)

Botschaft von UN-Generalsekretär António Guterres Zum Welttag der Ozeane

Ozeane sind die Kohlenstoffspeicher, riesige Wärmetanks und gigantische Sauerstoffproduzenten in einem. Der Welttag der Ozeane soll auf ihre Bedeutung und ihre Bedrohung aufmerksam machen. Meer ist für viele ein Sehnsuchtsort: Taucher sind von der faszinierenden Unterwasserwelt begeistert, Segler von der unendlichen Weite, Angler freuen sich über köstliche Mahlzeiten und viele andere genießen einfach ein erfrischendes Bad oder lauschen dem Meeresrauschen.

Gründe, die Ozeane zu schützen, gibt es also genug; zumal Versauerung, Überfischung, enorme Plastikmengen und steigende Meeresspiegel teils massive Bedrohungen darstellen. Um auf die Probleme und den Wert der Ozeane hinzuweisen, haben die Vereinten Nationen 2009 den ‚Welttag des Meeres‘ ins Leben gerufen, der jährlich am 8. Juni begangen wird.

Der diesjährige Welttag wird zu einer Zeit begangen, in der die Welt mit der COVID-19-Pandemie, einer Klimakrise und der fortlaufenden menschlichen Bedrohung für Ozeane, Meere und Meeresressourcen ringt.

Die kürzlich veröffentlichte *zweite Weltozeanbewertung* hat bestätigt, dass wir Menschen durch unser eigenes Handeln einen Großteil des Nutzens, den wir aus den Weltmeeren ziehen, untergraben. Unsere Meere erstickten am Plastikmüll, der sich überall ausbreitet – von den abgelegensten Atollen bis zu den tiefsten Meeresgräben. Durch Überfischung gehen jährlich nahezu 90 Milliarden Dollar an Nettonutzen verloren. Dies verschärft auch die prekäre Situation von Frauen, die für das Überleben kleiner Fischereibetriebe unerlässlich sind und deren Existenzgrundlage zunehmend gefährdet wird. CO₂-Emissionen führen zur Erwärmung und Versauerung der Ozeane, zum Verlust der biologischen Vielfalt und zum Anstieg des Meeresspiegels, der dicht besiedelte Küstengebiete bedroht.

Das Jahresthema des Welttages der Ozeane ‚*Leben und Lebensgrundlagen*‘ unterstreicht die Bedeutung der Ozeane für das kulturelle Leben und das wirtschaftliche Überleben von Gemeinschaften auf der ganzen Welt. Die Existenz von mehr als drei Milliarden Menschen, von denen die überwiegende Mehrheit in Entwicklungsländern lebt, hängt vom Ozean ab.

Ein Grund, warum das Leben unter Wasser bedroht ist, liegt in der Versauerung, die auch in Wechselwirkung mit atmosphärischen Vorgängen steht: Denn Meer und Klima beeinflussen sich unter anderem durch die Aufnahme von Gasen. Wie ein riesiger Schwamm kann ein Ozean Stoffe wie Kohlendioxid aus der Luft „aufsaugen“ und speichern. Forscher der Columbia University berechneten, dass seit Beginn der Industrialisierung die Weltmeere rund 140 Milliarden Tonnen Kohlendioxid aufnahmen. Durch die Aufnahme von CO₂ aus der Luft sinkt der pH-Wert des Meerwassers und die Ozeane werden immer saurer.

Was Säure bewirkt, zeigt sich beim Hausputz: Säuren sind Kalklöser und so lassen sich zum Beispiel Wasserkocher hervorragend mit Essigsäure entkalken. Die im Haushalt unliebsamen Kalkablagerungen sind für die Weltmeere und deren ‚Bewohner‘ jedoch lebensnotwendig. Unter der Meeresoberfläche ist Kalk ein unverzichtbares Baumaterial für Muscheln, Schnecken, Korallen und Plankton. Wenn die weltweite Durchschnittstemperatur um 1,5 Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit steigt, werden nach dem jüngsten Bericht des Weltbiodiversitätsrates 70 bis 90 Prozent aller Korallen auf der Erde absterben (aktuell sind bereits 50% zerstört). Bei zwei Grad Celsius Erwärmung sind es 99 Prozent.

Es sind also nicht nur die Taucher, die sich um eine schwindende Unterwasserwelt sorgen oder Angler, bei denen wegen leergefischter Bestände nichts mehr anbeißt. Irgendwie sind wir alle direkt oder indirekt vom Zustand der Meere betroffen. Denn im Gegensatz zum Wasserkocher, den man im schlimmsten Fall neu kaufen kann, haben wir diese Möglichkeit bei den Weltmeeren nicht.

M.Olberz (Quelle dwd.de)

„Erdüberlastungstag“ bereits am 29. Juli

Bereits Ende Juli hat die Menschheit in diesem Jahr alle natürlichen Ressourcen verbraucht, die der Planet innerhalb eines Jahres erzeugen und regenerieren kann. Der sogenannte Erdüberlastungstag fällt in diesem Jahr auf den 29. Juli und ist damit mehr als drei Wochen früher als im vergangenen Jahr, teilten die Umweltorganisationen BUND und Germanwatch am Montag in Berlin mit. Berechnet wird der Erdüberlastungstag vom Global Footprint Network. Bei den Berechnungen werden zwei rechnerische Größen gegenübergestellt: zum einen die biologische Kapazität der Erde zum Aufbau von Ressourcen sowie zur Aufnahme von Müll und Emissionen, zum anderen der Bedarf an Wäldern, Flächen, Wasser, Ackerland und Fischgründen. (Greenpeace Magazin, 27.07.2021)

Optimismus ist unangebracht

Der sechste Sachstandsbericht des Weltklimarats IPCC ist keine erfreuliche Lektüre, insbesondere, wo es um das Ziel geht, die von der fossil befeuerten Industrialisierung hervorgerufene Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen – das kommentiert Ulf von Rauchhaupt bei faz.net und schreibt weiter: „Gelänge das, blühte dem Planeten lediglich eine dauerhaft etwas höhere Rate extremer Wetterereignisse, und vielleicht würden sogar einige tropische Korallenriffe überleben. Doch so glimpflich kommen wir nicht davon. Die 1,5 Grad sind faktisch nicht zu schaffen.“ Es sei Träumerei, zu glauben, der Planet werde der bleiben, der er ist. „Und wenn wir nicht jetzt schon danach planen, werden am Ende die Kosten, das Leid und der Unfrieden über die Schuldfrage nur noch größer.“

(Greenpeace Magazin Online, 16.08.2021)

"Klima-Notfall": Tausende Wissenschaftler schlagen erneut Alarm

- **Über 13.000 Experten rund um den Globus wiederholen ihre Forderung von vor zwei Jahren.**
- **Sie fordern sofortige Änderungen in der Klimapolitik, um das Leben auf der Erde zu schützen.**
- **Teilweise seien sogenannte Wendepunkte bereits überschritten.**

Rund zwei Jahre, nachdem mehr als 10.000 Wissenschaftler aus rund 150 Ländern gemeinsam einen weltweiten "Klima-Notfall" erklärt hatten, haben sie diesen nun erneut betont und sofortige Veränderungen gefordert. Diese Veränderungen seien dringlicher denn je, um das Leben auf der Erde zu schützen, heißt es in einem im Fachjournal "BioScience" veröffentlichten Artikel. Zu den ursprünglich rund 11.000 Wissenschaftlern, darunter 871 Forscher deutscher Universitäten und Institute, seien noch einmal mehr als 2.800 weitere Unterzeichner hinzugekommen.

Flutkatastrophen, Waldbrände und Hitzewellen

Seit der ursprünglichen Erklärung des "Klima-Notfalls" 2019 hätten zahlreiche Ereignisse wie Flutkatastrophen, Waldbrände und Hitzewellen deutlich gemacht, welche Konsequenzen es habe, wenn auf der Erde einfach weitergemacht werde wie bisher, hieß es. 2020 sei beispielsweise das zweitheißeste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen gewesen. Im April 2021 sei die Kohlendioxid-Konzentration in der Erdatmosphäre so hoch gewesen wie noch nie seit Beginn von Messungen. Die Forscher fordern unter anderem ein absehbares Ende der Ver-

wendung von fossilen Brennstoffen sowie einen besseren Schutz der Artenvielfalt. "Die extremen Klima-Ereignisse und Muster, die wir in den vergangenen Jahren - und sogar nur in den vergangenen Wochen - beobachtet haben, unterstreichen die gestiegene Dringlichkeit, mit der wir die Klimakrise angehen müssen", erklärte Co-Autor Philip Duffy vom Woodwell Climate Research Center im US-Bundesstaat Massachusetts.

Wendepunkte teilweise schon überschritten

"Es gibt wachsende Anzeichen dafür, dass wir uns Wendepunkten von verschiedenen Systemen der Erde - wie den Warmwasser-Korallenriffen, dem Amazonas-Regenwald und der Eisdecke der West-Antarktis und Grönlands - nähern oder diese sogar schon überschritten haben", betont Co-Autor William Ripple von der Oregon State University. "Wir müssen unser Handeln rasch ändern, und Klima-Vorgaben sollten Teil der Corona-Wiederaufbaupläne sein, wo immer das möglich ist." Bereits 2019 hatten die Wissenschaftler gewarnt: Wenn sich das menschliche Verhalten, das zu Treibhausgasausstoß und anderen den Klimawandel begünstigenden Faktoren führt, nicht grundlegend und anhaltend verändere, sei "unsägliches menschliches Leid" nicht mehr zu verhindern. Zwei Jahre davor hatten Wissenschaftler bereits einen ähnlichen Beitrag initiiert. (dpa/hub)

Die Strafe könnte die Hölle auf Erden sein

Liest man den neuen Bericht des Weltklimarats als Urteil über die Klimaverbrechen der Menschheit, könnte es nicht eindeutiger ausfallen: Wir haben uns extrem schuldig gemacht. Das kommentiert Damian Carrington im „Freitag“ und konstatiert weiter: „Der in dem Bericht dargelegte Ernst der Lage lässt das Gejammer über die angeblichen Kosten des Klimaschutzes in den Hintergrund treten. In jedem Fall wird Nicht-Handeln weitaus mehr kosten. Bei Regierungen und Unternehmen, die weiterhin nicht handeln, könnte der IPCC-Bericht als zentraler Beweis gegen sie genutzt werden.“ Auf der Anklagebank säßen jetzt die verantwortlichen Politiker und Politikerinnen. Die UN-Klimakonferenz in Glasgow im November könne die letzte Anhörung sein, um das Urteil der Geschichte noch abzuwenden

(Greenpeace Magazin Online, 10.08.2021)

Klima-Studie Bayern

In einer neuen Studie, die auf Antrag der SPD-Landesfraktion erstellt wurde, haben Forscher detailliert untersucht, wie erfolgreich die Politik des Landes Bayern in Sachen Klima in den letzten 15 Jahren gewesen ist. Die Ergebnisse sind ernüchternd und bringen zwingend neue Forderungen an die Politik ans Licht: „Die direkte Wirkung des Klimawandels ist auch in Bayern spürbar,“ heißt es da zum Beispiel. Die Temperatur sei im Untersuchungs-Zeitraum um knapp 2 Grad gestiegen. Bis zum Jahr 2030 müssten die schädlichen Abgase radikal sinken. Ein Hauptgrund für das weitere Ansteigen dieser Abgase liege

HHW

darin, dass Bayern ein besonders hohes Verkehrsaufkommen habe. Die Abstandsregel für Windkrafträder müsse dringend abgeschafft werden, heißt es etwa in der Studie, die einen interessanten Gesichtspunkt hervorhebt: Um die Akzeptanz vermehrter Windkrafträder zu erreichen, sei es wichtig, dass Kommunen und Bürger an Erträgen beteiligt würden. Daraus wird gefolgert, dass ein bayerisches Klimageld eingeführt werden müsse, durch das Ungerechtigkeiten abgefedert werden können. „Bayern muss vorangehen und zeigen, wie sozialer Klimaschutz umgesetzt werden kann.“

Mehr Mut und Lust zum Klimaschutz



Warum die Bundestagswahl 2021 eine Klimawahl werden muss. Ein Kommentar

Der Klimawandel ist da – er ist gefährlich, er betrifft alle und wir sind die Ursache. Die Klimafrage ist auch eine Gesundheitsfrage. [UNO-Generalsekretär António Guterres sagt zu Recht](#): "Die Alarmglocken tönen ohrenbetäubend. Sie müssen das Ende von Kohle und anderen fossilen Brennstoffen einläuten, bevor diese unsere Erde zerstören"

Wir ernten jetzt, was wir gesät haben. Wer Zehn-Liter-Autos fährt, bekommt Corona und Klimawandel.

Die nächste Bundesregierung kann und muss deshalb:

- den Kohleausstieg bis 2028 organisieren;
- Solaranlagen auf jedem Dach vorschreiben;
- Bei Windrädern den Abstand zum nächsten Haus auf 600 Meter senken;
- klimaschädliche Subventionen streichen
- ein Tempolimit von 120 Kilometern pro Stunde auf Autobahnen einführen;
- das Ausbau-Tempo von Wind- und Solaranlagen vervierfachen;
- ab 2030 keine Verbrennungsmotoren mehr zulassen;
- Passivhausstandard für Neubauten einführen;

- keinen innerdeutschen Flugverkehr mehr zulassen;
- eine Kerosin-Steuer auf Langstreckenflüge einführen;
- klimafreundliche Wärmepumpen fördern;
- die Verwendung von Holz in der Bauwirtschaft fördern;
- die CO₂-Preise pro Tonne allmählich, aber stetig erhöhen;
- die CO₂-Bepreisung zurückerstatten;
- sich an der internationalen Klimafinanzierung beteiligen und damit für mehr Klimagerechtigkeit sorgen;
- 40 Prozent Ökolandbau bis 2030 vorantreiben.

Wir Bürger sollten den Fleischkonsum zudem spürbar einschränken und die Landwirte ihren Tierbestand halbieren.

Ist dieser Klimaschutz zu teuer?

Nichts wird so teuer wie kein Klimaschutz. Erneuerbare Energie kostet. Aber keine erneuerbare Energie kostet die Zukunft. Sonne und Wind schicken keine Rechnung und schaffen Millionen neue Arbeitsplätze. Noch können wir uns entscheiden. Noch!

Wer im Treibhaus sitzt, sollte nicht weiter mit Kohle und Erdgas spielen.

Die Französische Revolution hatte das Motto: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Die jetzt anstehende solare Weltrevolution braucht das Motto: Klimaschutz, Klimaschutz, Klimaschutz.

Das 1,5-Grad-Ziel ist (noch) erreichbar. 100 Prozent erneuerbar ist nötig und möglich. Diese Ziele erreichen wir nicht mit Wut, Angst und Frust, sondern mit Mut, Motivation und Lust. Doch zunächst mal muss die Bundestagswahl eine Klimawahl werden. Jede und jeder kann dabei ein Superspreader fürs Klima werden. So wie Greta Thunberg.

Franz Alt, Telepolis, 15.08.2021

Wenn Lebensmittel zu Abfall werden – eine ethisch-kulturelle Reflexion

Markus Vogt (Auszug)

Lebensmittel sind mehr als andere Dinge mit kulturellen Werten und Emotionen verbunden. Daher haben die hohen Wegwerfraten, die erst jüngst durch eine Bündelung wissenschaftlicher Forschungen, politischer Initiativen und zivilgesellschaftlicher Aktionen in das Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit gelangt sind, intensive ethische Debatten ausgelöst. Indem die Europäische Kommission 2015 zum „Jahr gegen Lebensmittelverschwendung“ deklariert, will sie diese gezielt verstärken, differenzieren und mit Handlungsoptionen verknüpfen.

Analysen zu Lebensmittelabfällen

Nationale sowie internationale Studien kommen in ihrer Bilanz der jährlich in Deutschland weggeworfenen Lebensmittel auf 20 Millionen Tonnen, was ca. die Hälfte der produzierten Lebensmittel wäre. Gerade wer von einem weiten Abfallbegriff (und damit einer hohen Wegwerfquote) ausgeht, sollte jedoch berücksichtigen, dass dabei ein erheblicher Anteil an „unvermeidbaren“ Abfällen einbezogen ist (insbesondere bei Obst und Gemüse). In der Literatur wird deshalb zwischen vermeidbaren, teilweise vermeidbaren und nicht vermeidbaren Abfällen oder auch

von genießbaren und nicht genießbaren Lebensmittelabfällen unterschieden. Auch stellt sich bei der Bilanzierung die Frage, was man zu „Abfall“ rechnet. Soll man beispielsweise Küken, die nicht das erwünschte Geschlecht haben und millionenfach „geschreddert“ werden, zu den Lebensmittelabfällen rechnen? Zählt die Verschmutzung von Wasser durch Pestizide, die beim Anbau von Lebensmitteln zum Einsatz kommen, zum Abfall? Von Seiten der Lebensmittelindustrie oder auch des Gesetzgebers ist das „death dating“ eine wesentliche Ursache für die hohen Wegwerf-Raten. Die Verfallsdaten definieren eine zeitliche Grenze des Konsumwerts von Lebensmitteln, mit deren Überschreitung sich die Nährstoffe in Müll verwandeln. Knapp bemessene Verfallsdaten erhöhen die Menge der vermüllten Lebensmittel erheblich. Es sind allerdings keineswegs nur gesundheitliche und hygienische Standards, die als normative Setzungen hohe Abfallraten verursachen. Auch „krumme Gurken“ und anderes Gemüse, das aufgrund seiner Form nicht den EU-Standards entspricht und nicht in den Handel kommen darf, werden als Abfall deklariert.

Zusammenhänge von Lebensmittel-müll und Welthunger?

Analytisch gesehen ist der Zusammenhang von Lebensmittelabfall und Welthunger keineswegs eindeutig. Zumindest würde die direkte Umverteilung der Lebensmittel, also die Verteilung der überflüssigen bzw. weggeworfenen Lebensmittel in die Hungerregionen, nicht viel helfen. Im Gegenteil: Die subventionierte Verfrachtung von Lebensmitteln aus der europäischen und US-amerikanischen Überproduktion auf die Märkte in Entwicklungsländern ist paradoxerweise dort Mitursache für den Hunger, weil sie die Eigenproduktion verdrängt und die ganz Armen sich oft auch diese verbilligten Lebensmittel nicht leisten können, da sie mangels Geld und

Mobilität oft kaum Zugang zu Märkten haben

Konsumentenverantwortung: Der Umgang mit Müll als Kulturtechnik

Für den Umgang mit Lebensmitteln gibt es in den religiösen Traditionen zahlreiche Normen, in denen sich häufig historisch gewachsenes Erfahrungswissen niedergeschlagen hat. Dies ist insbesondere in den sogenannten „Speisegesetzen“ der biblischen Überlieferung der Fall. Die zahlreichen Gesetzesvorschriften der fünf Bücher Mose (Tora) zeugen von einem erstaunlich hohen Maß an Wissen über ökologische Zusammenhänge. Dem Umgang mit Schmutz und Hygiene kommt dabei ein zentraler Stellenwert zu. Auch soziale Regeln, wie z. B. dass die Armen die übrig gebliebenen Ähren von den Feldern auflesen durften, sind biblische Tradition. Geht man von einem „Recht auf Ernährung“ bzw. einem „Recht auf Ernährungssouveränität“ aus und verortet diese im Kontext der Menschenrechte, dann verstößt der Hunger von derzeit mindestens 800 Millionen Menschen sowie die Mangelernährung von ca. zwei Milliarden Menschen in grundlegender Weise gegen Lebensmitteligerechtigkeit. [...] Notwendig sind vielmehr tiefgreifende Reformen im Bereich der Agrarstrukturen sowie ein Wandel der Ernährungsgewohnheiten in den Industrieländern. Nachhaltiges Landmanagement und der Konflikt um Bioenergie dort, wo der Hunger am stärksten verbreitet ist, besteht das primäre Defizit nicht im Wegwerfen von Lebensmitteln durch die Konsumenten, sondern in den oft achtlosen Handlungsmustern bei der Erzeugung und Verteilung von Lebensmitteln.

Nachhaltiges Landmanagement wäre hier die entscheidende Strategie, um Ineffizienz, Verschwendung sowie Bodendegradation zu vermeiden und Ernährung für alle zu sichern. Bodenschutz und nachhaltiges Gewässermanagement sind die Schlüsselfaktoren zu einer ernährungssichernden Landwirtschaft

(Quelle: ARGE Schöpfungsverantwortung)

Freund des Hungers

Nicht zuletzt durch die Covid-19-Pandemie steigen weltweit die Nahrungsmittelpreise. Die Folge: Die Ernährungslage nimmt dramatische Formen an. Arif Husain, der Chefökonom des UN-Ernährungsprogramms sagt es so: „Hohe Nahrungsmittelpreise sind der neue beste Freund des Hungers. Wir haben bereits Konflikte, Klima und Covid-19, die zusammenarbeiten, um mehr Menschen in Hunger und Elend zu treiben.“ Jetzt also dazu noch die Pandemie! Beispiel Libanon: Der Durchschnittspreis für Weizen sei im Vorjahresvergleich um mehr als 200 Prozent gestiegen. Beispiel Syrien: Dort lag der Preisanstieg für Speiseöl sogar bei rund 440 Prozent. Ebenso verwies die Welternährungsorganisation FAO auf die dramatischen Folgen der Pandemie! (Quelle: KNA)

Umfassend verfügbar

Das größte Ölfeld der Erde ist das Ghawar-Feld in Saudi-Arabien. Es erstreckt sich über 8.400 Quadratkilometer und sein Öl erzeugt jährlich Energie von knapp einer Petawattstunde (PWh). Das entspricht 1 Billiarde Wattstunden. Würde man allerdings diese Fläche unter der Sonne Arabiens mit Fotovoltaik-Modulen bedecken, ergäbe es eine Leistung von 1,6 PWh, heißt es in einem neuen Report des britischen Thinktanks „Carbon Tracker“. Der kommt zu dem Ergebnis: Erneuerbare Energien sind weltweit so umfassend verfügbar, dass sie schon **mit heutiger Technologie hundertmal so viel Ertrag bringen können wie der gesamte weltweite Energiebedarf.** (Mehr zur Studie liefert [taz.de](https://www.taz.de))

(28.7.21)

Mit Bio-Lebensmitteln auf der sicheren Seite

Konventionelles Obst ist im Durchschnitt 100-fach höher mit Pestizidrückständen belastet als Bio-Obst. Zu diesem und weiteren Ergebnissen kommt das aktuelle Ökomonitoring des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamts in Stuttgart (CVUAS), bei dem Bio-Produkte auf Inhaltsstoffe, Rückstände und Belastungen untersucht werden. Wie bereits in den letzten



© Africa Studio | stock.adobe.com

Jahren zeigen die Ergebnisse, dass Bio-Lebensmittel den hohen qualitativen Ansprüchen gerecht werden. Das Ökomonitoring ist eine ergänzende Maßnahme zu den Öko-Kontrollen, die mindestens einmal im Jahr vor Ort auf den Bio-Höfen durchgeführt werden.

Untersuchungen zu Pestizidrückständen:

Der Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden ist in der ökologischen Landwirtschaft verboten. Das CVUAS hat 66 Proben Bio-Obst und 139 Proben Bio-Gemüse auf Pestizidbelastungen untersucht und den mittleren Pestizidgehalt von Bio-Proben mit dem von konventionellen Proben verglichen. **Im Durchschnitt lag die Pestizidbelastung bei konventionellem Gemüse um ein 70-faches, bei konventionellem Obst sogar um ein 100-faches höher als bei Bioprodukten.** Nur bei insgesamt fünf Proben (Bananen aus Ecuador, Bananen aus der Dom.Republik, Knoblauch aus Spanien, Petersilien- und Korianderblätter aus Deutschland) wurde die Bezeichnung „Bio“ aufgrund zu hoher Pestizid-Rückstände als irreführend beurteilt. Bei den anderen 200 Proben konnten entweder keine Rückstände oder nur Spuren im Bereich von unter 0,01 mg/kg nachgewiesen werden.

Diese Spuren sind allerdings nicht auf eine illegale Anwendung von Pestiziden beim Anbau zurückzuführen. In der konventionellen Landwirtschaft werden große Mengen an chemisch-synthetischen Pestiziden auf die Felder ausgebracht. Doch die Wirkstoffe landen durch Wind und Verdunstung auch auf benachbarten Feldern und können dort die Ernte belasten. Man spricht dann von sogenannter Abdrift. Abdrift stellt viele Bio-Bäuerinnen und -Bauern vor ein großes Problem: Manchmal ist die Ernte so stark verunreinigt, dass sie nicht mehr als ökologisch hergestelltes Produkt vermarktet werden kann. Auf den finanziellen Einbußen, die dadurch entstehen, bleiben die Öko-Landwirt:innen meist sitzen, da es nur sehr schwer nachzuweisen ist, woher genau die Pestizide stammen.

Bio-Lebensmittel sind frei von Gentechnik

Im Rahmen des Ökomonitorings wurden im aktuellen Jahr Bio-Produkte mit Mais und Soja sowie Bio-Honige auf genmanipulierte Bestandteile untersucht. Bei den Maisprodukten und Honige konnten wie auch in den letzten Jahren keine Spuren von Gentechnik nachgewiesen werden. Einzig bei Soja gab es unter den 84 Öko-Proben einen Fall, bei dem eine Kleinstmenge nachgewiesen werden konnte. Diese lag mit einem GVO-Anteil von weniger als 0,05 Prozent jedoch weit unter dem Schwellenwert von 0,9 Prozent. Denn grundsätzlich ist der Einsatz von Gentechnik in der ökologischen Landwirtschaft verboten: Bio-Lebensmittel müssen laut Gesetz frei von genmanipulierten Bestandteilen sein. Bei der Lagerung und der Verarbeitung kann es jedoch zu zufälligen und technisch unvermeidbaren Verunreinigungen kommen, weshalb ein Anteil von 0,9 Prozent der jeweiligen Zutat toleriert wird. Das Ökomonitoring zeigt, dass dies aber nur sehr selten vorkommt.

Auch 74 konventionelle Sojaprodukte wurden auf genmanipulierte Bestandteile untersucht. Hier sind diese zwar erlaubt, müssen aber bei einem Anteil von über 0,9 Prozent für Verbraucher:innen erkennbar auf dem Lebensmittel gekennzeichnet werden. Bei insgesamt 14 Proben konnten Spuren von Gentechnik nachgewiesen werden. Bei vier Proben lag der Anteil sogar über dem Schwellenwert von 0,9 Prozent. Diese Lebensmittel hätten somit eigentlich gekennzeichnet werden müssen.

Bio-Milch ist gesünder

Ein Teil der Untersuchung des Ökomonitorings bezog sich auf die Inhaltsstoffe von Milch. Ein Ergebnis dabei war, dass biologisch erzeugte Milchprodukte im Vergleich zu konventionellen Produkten deutlich mehr Alpha-Linolensäure enthalten. Diese gehört zu den Omega-3-Fettsäuren, die wichtig für unsere Gesundheit sind, von unserem Körper aber nicht selbst hergestellt werden können. Während konventionell erzeugte Milchprodukte Werte von 0,4 bis maximal 0,8 g Alpha-Linolensäure pro 100g Fett aufwiesen, lagen die Werte für ökologische Produkte bei bis zu 1,4 g pro 100g und damit bis zu dreimal höher.

Ökolandbau: Die Zukunft unserer Lebensmittelproduktion

Auch in diesem Untersuchungsjahr zeigt sich wieder, dass Bio-Produkte die hohen qualitativen Ansprüche erfüllen. Doch die ökologische Landwirtschaft steht nicht nur für sichere und gesunde Lebensmittel. Sie trägt auch maßgeblich zum Schutz von Böden, Gewässer und Artenvielfalt bei.

Umwelt Institut München, 29.07.2021

Für den Klimaschutz

Eine tapfere Gruppe von jungen Menschen belegt seit etlichen Monaten den Sebalder Platz in Nürnberg mit dem Klimacamp. Nicht nur die Bundespolitik, auch die Kommunalpolitik kann sich nicht dazu durchringen, endlich, rechtzeitig und umfassend die notwendigen Maßnahmen für den Klimaschutz in Gang zu setzen.

Unter dem Motto **Nürnberg bis 2030 klimaneutral machen** gibt es jetzt eine Unterschriftenaktion. Man kann seine Unterschrift digital leisten (unter **KlimaEntscheid Nürnberg** auf der Homepage gleichen Namens), man kann aber auch zum Beispiel im Lorenzer Laden vorbeikommen und dort unterschreiben, oder man lässt sich Unterschriftenlisten kommen (siehe Homepage). Die Forderungen: Klimaneutralität bis 2030, konkreter Maßnahmenplan, jährliche Berichte.

Wir meinen: die Forderungen sind auf jeden Fall unterstützenswert!

(NEFF)

Andreas Scheuers neue Verhältnismäßigkeit 80 zu 1

In seiner bisherigen Zeit als Verkehrsminister hat Andreas Scheuer sich achtzigmal mit Vertretern der Autoindustrie getroffen, nur einmal mit Vertretern von Naturschutzverbänden.

Er will im neuen Kabinett gerne Verkehrsminister bleiben, denn er habe noch viel vor.

Sepp Stahl

Themenbereich Frieden

In einem Interview aus Anlass des 25jährigen Jubiläums des Forum ZFD hat die Theologin Margot Käsmann wichtige Äußerungen zum Krieg und Frieden gemacht:

Dr. Margot Käsmann :

Zum Problem der Waffenexporte

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) gibt jedes Jahr einen Bericht zur Rüstungsexportpolitik heraus. In dem Bericht wird nachgewiesen, in welchem Umfang die Bundesrepublik Deutschland Waffen in Krisengebiete ex-

portiert und Konflikte damit eskaliert. Aber das wird in der Gesellschaft kaum noch wahrgenommen. Ich finde, dass die an der GKKE beteiligten Kirchen diesen Skandal wesentlich deutlicher herausstellen müssten.

Deeskalation von Konflikten:

Religionen lassen sich missbrauchen, um Konflikte wirtschaftlicher oder politischer Art zu verschärfen. Die Kirchen müssen im interreligiösen Dialog dieses Problem immer wieder aufgreifen. Ich bin seit einiger Zeit Mitglied im Zentralkomitee der „World Conference of Religions for Peace“ (WCRP). Gerade im November 2020 hatten wir ein Treffen unter dem Titel „Assembly on Women, Faith, and Diplomacy“ über

die Rolle der Frauen in den Weltreligionen. Einer der Schwerpunkte: Wie können Frauen aus den Weltreligionen beitragen zur Deeskalation von Konflikten. Für mich ist das sehr hoffnungsvoll. Wir haben in Liberia gesehen, dass es gerade die Frauen waren, die den Friedensprozess über die Religionsgrenzen hinweg energisch in Gang gebracht haben.

Atomwaffen:

Ich finde es unfassbar, dass es nach den Erfahrungen von Hiroshima und Nagasaki immer noch Atomwaffen gibt. Für mich sind sie keine Abschreckung, sondern es ist ein Schrecken, dass Nationen Waffen mit einem derart zerstörerischen Potential haben und dass sie von Deutschland aus eingesetzt werden könnten. Ich habe ein-

Steigerung der Rüstungskosten

Ich suche das richtige Wort: Fassungslos? Enttäuschend? Warum investieren wir im Friedensdienste finanziert werden müssen. Wie wäre es, wenn es umgekehrt wäre? Würden 47 Milliarden Euro in zivile Konfliktbearbeitung investiert, in Mediation

Frieden schaffen durch Waffen?

Den Eindruck habe ich weiterhin. Pazifistinnen und Pazifisten werden immer noch als naiv belächelt. Aber diejenigen, die meinen, in bestimmten Situationen – nehmen wir Libyen oder Afghanistan – durch Militärinterventionen Frieden zu schaffen, sind doch widerlegt. Ist in diesen Ländern Frieden geschaffen worden? Ich sehe das nicht. Oder nehmen wir das Beispiel Kosovo. Hier muss jetzt eigentlich deutlich investiert werden, um alte Feindbilder zu

Kurzatmige Friedenspolitik

Ich habe den Eindruck, dass der Bundestag immer erst dann reagiert, wenn ein Konflikt eskaliert ist, und dann meistens meint, es könne nur noch Waffengewalt helfen. Ein langfristiges Denken, rechtzeitig zu sehen, was sich anbahnt, ist dort kaum vorhanden. Es gibt kaum Entscheidungen, mit denen rechtzeitig Geld in die Hand genommen wird für Mediation, für ausgebildete Friedensfachkräfte, um einen Konflikt gar nicht erst eskalieren zu lassen. Denken wir an den Völkermord in Ruanda im Jahr 1994. Der hatte sich lange angebahnt. Viele haben „prophezeit“, dass der Konflikt eskalieren wird. Dann müsste ein Parlament sagen: Jetzt haben wir hier eine „Friedenstruppe“, die mit den Werkzeugen der zivilen Konfliktbearbeitung die unter-

mal in Hiroshima an einer Gedenkfeier am 8. August teilgenommen und die Dokumentationen dort gesehen und Zeugenaussagen gehört. Atomwaffen müssen gebannt werden. Mir ist nicht begreiflich, warum die Bundesrepublik Deutschland den Verbotsvertrag bis heute nicht unterzeichnet hat.

mer noch derart unverhältnismäßig in Militär, sehen aber nicht, dass auch zivile Konfliktentschärfung, in Zivilgesellschaft, in Landwirtschaft vor Ort, wie sähe die Welt dann aus?

überwinden, damit diese in ein paar Jahren nicht wieder aufbrechen können. Das forumZFD weiß das durch die eigene Arbeit dort ja sehr genau. Das ist langfristige Kommunikations- und Bildungsarbeit in Kindergärten, in Schulen und mit Erwachsenen, um Feindbilder zu entschärfen und langfristig in Freundbilder zu verändern. In der deutschen Mehrheitsgesellschaft wird das kaum als Arbeit zur Konfliktbewältigung wahrgenommen.

schiedlichen Interessensgruppen an einen Tisch bringt, bevor der Konflikt eskaliert. Bei der Friedensfrage ist die Herausforderung, dass sie akut bleibt. Wir haben den Krieg in Syrien scheinbar akzeptiert, er gehört seit Jahren zum Alltag. Da wird nicht mehr hingeschaut, was eigentlich passiert. Wir haben zurzeit neunundzwanzig Kriege, die in dieser Welt täglich Menschenleben zerstören. Aber es gibt kein Aufbegehren in unserem Land dagegen. Auch die Politik müsste doch eigentlich – insbesondere die christlichen Parteien – der Prämisse von Jesus folgen: „Selig sind, die Frieden stiften“ (Matthäus 5, 9). Das Ökonomische wird ständig in den Vordergrund gestellt und ist das alles schlagende Argument – das ist für mich schon sehr bedrückend.

(Quelle: Ein Interview mit der Theologin Dr. Margot Käßmann, forumZFD)

„Erstmals zieht eine deutsche Großbank klare Konsequenzen daraus, dass Rüstungsfirmen die Welt skrupellos immer weiter aufrüsten. Die BayernLB sendet ein starkes Signal an die Industrie: Geschäfte mit

autokratischen Staaten, die Menschenrechte mit Füßen treten, haben keine Zukunft mehr.“

Barbara Happe, Rüstungs-Campaignerin
bei urgewald, 18.08.2021

Wir müssen unser Leben ändern

„Es gibt keine Prävention, ohne dass wir unsere Art des naturzerstörerischen Wirtschaftens und Konsumierens gehörig verändern.

Diese Gesellschaft redet sich gerade ein, das Klima lasse sich mit regenerativer Energie und ein paar technischen Neuerungen retten. Aber das stimmt nicht. Noch weniger lässt sich die viel umfassendere Krise im Mensch-Natur-Verhältnis allein durch Wasserstoff beheben, auch können die Folgen kaum durch alte Sirenen oder neue Warn-Apps gebändigt werden. Nein, wir müssen unser Leben ändern: den Weinbau, das Autofahren, den Flächenfraß, das Artensterben, die Landwirtschaft, die Ernährung, den Häuserbau und vieles mehr. Oder wir nehmen die Opfer hin und glauben unbeirrt an die Unerschöpflichkeit der Hilfsfonds für Fluten, Epidemien, sterbende Wälder und, und, und.“ ...

Bernd Ulrich (Die Zeit, 22.07.2021)

Rede von Nirit Sommerfeld Kundgebung am 11. Juni 2021 in Wuppertal

Nicht in meinem Namen! Gedanken zur andauernden Naqba

Liebe Wuppertalerinnen und Wuppertaler!
Mein Name ist Nirit Sommerfeld, ich bin deutsch-israelische Jüdin, bin Sängerin und Schauspielerin von Beruf und lebe in Deutschland. Ich stehe hier als Mitglied des Vereins „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“, und als jüdische Stimme sage ich Euch: Israel handelt nicht in meinem Namen, nicht in unserem Namen, nicht im Namen des Judentums, und nicht im Einklang mit jüdischen Werten!

Genau heute vor 54 Jahren war der sogenannte Sechs-Tage-Krieg zu Ende, und mit diesem Kriegsende begann etwas, das noch schlimmer ist als sechs Tage Krieg. Was kann schlimmer sein als Krieg, fragt Ihr Euch?!

Dauerhafter Krieg ist schlimmer! Die Militärbesatzung der palästinensischen Bevölkerung in der Westbank, in Ost-Jerusalem, den syrischen Golanhöhen und in Gaza ist

dauerhafter Krieg, der tagtäglich, seit 19.723 Tagen durch Einschränkung, Unterdrückung, Unfreiheit, Bespitzelung durch Geheimdienst, Folter, Verhaftungen ohne Anklage, Hauszerstörungen, Schikanen, Vertrauensverlust, rohe Gewalt und all ihre Folgen Millionen von Palästinenser*innen quält.

Neueste historische Erkenntnisse, die erst letzte Woche in der israelischen Tageszeitung Haaretz veröffentlicht wurden, zeigen ganz klar, dass die Besatzung durch Israels Militär von langer Hand geplant war. Die Dokumente zeigen, dass bereits sechs Jahre vor dem sogenannten Sechs-Tage-Krieg detaillierte Pläne erstellt wurden, die für die Militär-Herrschaft in den später Besetzten Gebieten benötigt werden würden. Der Staat Israel bemüht sich, diese und andere geheime Akten weiterhin unter Verschluss zu behalten. Aber Wahr-

heit ist wie Löwenzahn: Man kann sie beschneiden und versuchen, sie auszurupfen und zu unterdrücken – sie wird ihren Weg an die Oberfläche finden, so wie der Löwenzahn Asphalt durchbricht.

Doch der Widerstand, den wir erleben, wenn wir über all das sprechen wollen, ist härter als Asphalt. Er geht von Israel aus und hat sich in Deutschland verselbständigt. Ich erlaube mir darüber zu urteilen, weil ich sowohl hier als auch in Israel gelebt habe. Ich bin vor 12 Jahren mit meiner Familie nach Tel Aviv gezogen. Zwei Jahre später kehrte ich mit gebrochenem Herzen nach Deutschland zurück, weil ich es nicht ertrage, dass mein Land eine „Demokratie“ ist, die aber nur für mich und meine jüdischen Mitbürger*innen existiert.

Es wird Zeit, dass wir in Deutschland offen sprechen, über die Menschenrechtsverletzungen, die ethnische und religiöse Trennung, die Benachteiligung – per UN-Definition ist das Apartheid – die den Alltag der palästinensischen Bevölkerung bestimmen, auch wenn uns das Sprechen sehr schwer gemacht wird. Wir alle sind schon mit dem Vorwurf des Antisemitismus beschmutzt worden. Für mich als Tochter eines Holocaust-Überlebenden, dessen Vater im KZ ermordet wurde, ist das besonders schmerzlich. Gleichzeitig weiß ich, wie unglaublich weh es tut, wenn Du plötzlich entdeckst, dass alle Wahrheiten, auf denen Dein Leben beruhte, Brüche bekommen. Das ist der Grund dafür, dass die allermeisten Israelis und leider auch viele Juden diese Wahrheiten leugnen und nicht sehen wollen oder können.

Israel indoktriniert seine Bevölkerung, indem die Menschen bereits im Kindergartenalter und später in der Schule darauf vorbereitet werden, ins Militär zu gehen. Wir werden darauf geeicht, Araber – man spricht in Israel nicht von Palästinensern – also Araber als Feinde zu betrachten, die angeblich nichts anderes wollen als Juden zu vernichten. Es wird uns mit den immer gleichen Sätzen zum Beispiel erzählt, „sie wollen uns ins Meer werfen!“; ich konnte keine einzige Quelle finden, die diese Aussage von arabischer oder palästinensischer Seite belegt. Aber dieser Satz ist in israelischen Gehirnen eingebrannt. Ebenso Sätze wie „Wir reichen ihnen immer wieder die Hand zum Frieden, aber die Araber verpassen keine Gelegenheit, eine

Gelegenheit zu verpassen!“, oder „wir haben ihnen Gaza zurückgegeben, und das Einzige, was wir dafür bekommen haben, sind Raketen und Hamas!“ oder ganz einfach: „Sie sind alle Terroristen“. Hinzu kommt seit fast 20 Jahren diese Trennmauer, von denen die Israelis glauben, sie diene ihrer Sicherheit, und darum gebe es angeblich keine Attentate mehr in Israel.

Wenige Israelis durchschauen diese Indoktrination, weil sie vor allem eins erzeugt: Angst. Ich behaupte mal, dass praktisch jeder Mensch in Israel Angst hat, bewusst oder unterschwellig. Mir war es möglich, diese Angst zu überwinden, weil ich einen Blick über die Mauer gewagt habe. Weil ich Menschen aus Palästina durch alle Schichten hindurch kennen und schätzen gelernt habe. Aber keiner meiner Freunde oder Verwandten hat jemals mit mir eine Reise „nach drüben“ gewagt.

Gerne hätte ich ihnen Palästinenser vorgestellt, mit denen ich von Nablus bis Hebron, von Ramallah bis Bethlehem gesprochen habe, und die immer wieder sagen: „Die erste Intifada haben wir mit Steinen gekämpft, die zweite mit Bomben. Die dritte kämpfen wir gewaltfrei mit unserem Verstand. Wir hassen keine Juden, wir wollen keine Israelis vertreiben, aber wir wollen die gleichen Rechte genießen und auch wie Menschen in Würde leben und nicht wie Tiere behandelt werden.“

Ja, es sind im Mai Raketen aus Gaza geflogen. Leider beginnt die Berichterstattung hier bei uns erst damit. Als sei dem nichts vorausgegangen! Mich erreichen mehrmals die Woche übers Internet erschütternde Nachrichten, dass wieder einmal ein palästinensischer Mensch durch israelische Gewalt getötet wurde – sei es in Gaza, in Ostjerusalem oder der Westbank, manchmal sogar innerhalb Israels. Mehrmals die Woche, Tag für Tag, Jahr für Jahr. Unter den Getöteten sind unbewaffnete Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer, Menschen mit Behinderungen. Hören wir hier etwas davon? Werden wir tagtäglich mit diesen Katastrophenmeldungen konfrontiert?

Über all das müssen wir hier in Deutschland reden können, ohne des Antisemitismus bezichtigt zu werden! Die schrecklichen kriegerischen Ereignisse des vergangenen Monats in Israel, Gaza und Palästina haben viel zu viele Todesopfer gefordert, dazu Verletzte und Traumati-

sierte auf beiden Seiten. Die zahlenmäßige Unverhältnismäßigkeit, die wir auch hier sehen, spiegelt das Kräfte-Ungleichgewicht deutlich wider. Ich vermute, dass auch hier in Wuppertal Menschen stehen, die Verwandte und Freunde in Palästina haben, um deren Leben und Sicherheit sie fürchteten und leider weiterhin fürchten müssen. Aber diese schreckliche Zeit hat auch etwas Gutes hervorgebracht: Junge Frauen und Männer aus Palästina, oder deren Eltern aus Palästina stammen und die hier in Deutschland studieren oder arbeiten, werden aktiv, gehen auf die Straße, erheben ihre Stimmen, und sie organisieren solche Veranstaltungen wie diese Kundgebung hier. Zeitgleich gibt es heute in Nürnberg eine ähnliche Veranstaltung, gestern gab es eine in München, letzte Woche eine in Kiel, in Freiburg und immer wieder welche in Berlin. Wir als Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost solidarisieren uns mit diesen Menschen! Wir sagen es in aller Klarheit: Demokratie, die zwischen Mittelmeer und

Jordan nur für uns Juden gilt, ist keine Demokratie! Unsere israelische Freiheit ist nichts wert ohne die Freiheit unserer palästinensischen Mitmenschen! Erst wenn ALLE Menschen zwischen Mittelmeer und Jordan frei und selbstbestimmt in Würde leben können, erst wenn wir als Israelis unsere Verantwortung für Landraub und Vertreibung anerkannt haben werden, erst dann wird es Frieden und Sicherheit für Juden, Muslime und alle anderen Religionen und Ethnien in Nahost geben.

Es ist vollkommen unrealistisch, optimistisch zu sein. Es müsste ein Wunder geschehen, damit es gerade mit der neuen israelischen Regierung so eine Wendung geben könnte. Aber hey: War der Mauerfall nicht auch ein Wunder? Der Physiker Albert Einstein sagte: Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist. Lasst uns also hart arbeiten, real unsere Stimmen erheben – und an Wunder glauben!

Danke fürs Zuhören!

„Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegwaschen zu wollen. Nur Blut soll immer wieder mit Blut abgewaschen werden.“
Bertha von Suttner, Die Waffen nieder! Friedensnobelpreisträgerin 1905)

Bundeswehr-Werbung

Der Friedensbeauftragte der Evangelischen Kirche in Bremen, Pastor Jasper von Legat, hat die „aggressive Nachwuchswerbung der Bundeswehr scharf kritisiert: „Es ist nicht seris, wenn die Bundeswehr Minderjährige anspricht und ihnen den Beruf des Soldaten als Abenteuerurlaub schildert“, sagte er. Wenn die Bundeswehr 16-Jährigen, die gerade von der Schule abgehen, systematisch Werbung per Post zuschicke oder ihnen in den sozialen Medien Erlebnis-Camps verspreche, sei das keine normale Nachwuchswerbung wie bei Firmen, die Fachkräfte brauchen.

(Quelle: zeitzeichen 7/2021)

Vier Ansätze für besseren Flüchtlingsschutz

- Mit Nachdruck für die Prinzipien des Flüchtlingsschutzes eintreten
- Deutschlands positive internationale Rolle im Flüchtlingsschutz vorantreiben
- Europäische Asylpolitik und -praxis besser an der Genfer Flüchtlingskonvention ausrichten
- Aktive Aufnahme von Flüchtlingen weiter ausbauen

In diesem Jahr wird die Genfer Flüchtlingskonvention 70 Jahre alt. Seit ihrer Verabschiedung 1951 hat sie geholfen, Millionen Menschen zu schützen, die vor schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen und Verfolgung aus ihrer Heimat fliehen mussten. 149 Staaten haben die Konvention und/oder das Protokoll ratifiziert und sich damit den Prinzipien und Bestimmungen der Konvention verpflichtet. Diese bildet somit das Fundament des internationalen Flüchtlingsschutzes. Deutschland war einer der ersten Signatarstaaten der Genfer Flüchtlingskonvention und hat in den vergangenen Jahren eine wichtige Rolle im globalen Flüchtlingsschutz übernommen: Die Aufnahme von mehr als einer Million schutzsuchenden Menschen seit 2015 unter anderem aus Krisensituationen in Syrien, Afghanistan oder dem Irak, die Durchführung von Asylverfahren in entsprechender Zahl und die Bemühungen um die Integration von Schutzberechtigten durch Staat und Zivilgesellschaft sind herausragend. Diese Leistungen und Erfolge verleihen den international vertretenen Ansätzen Deutschlands zum Flüchtlingsschutz Gewicht und Glaubwürdigkeit. Ende 2019 waren fast 80 Millionen Menschen auf der Flucht, sei es als Flüchtlinge außerhalb des Heimatlandes oder als Binnenvertriebene – mehr als ein Prozent der Weltbevölkerung. Viele von ihnen leben seit Jahren oder Jahrzehnten in Aufnahmeländern mit geringen oder mittleren Einkommen. Die Corona-Pandemie hat die Situation für viele dieser Menschen drastisch verschärft und humanitäre Bedarfe zusätzlich in die Höhe getrieben. Gleichzeitig sind viele Hilfspläne für Fluchtsituationen bestenfalls zur Hälfte finanziert. Die gezielte entwicklungspolitische Unterstützung von Ländern, die vielen Flüchtlingen Schutz bieten, kann Aufnahmegemeinschaften entlasten und zur Inklusion von Flüchtlingen beitragen. So können zum Beispiel Investitionen für ein besseres Gesundheits- und Bildungswesen sowohl Flüchtlingen als auch der lokalen Bevölkerung zugutekommen. Ein solcher Ansatz ist nicht nur Ausdruck internationaler Verantwortungsteilung, sondern bietet Flüchtlingen eine wirkliche Perspektive im Aufnahmeland.

Vollständiger Text: <https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2021/03/UNHCR-Eckpunktepapier-zur-Deutschen-Bundestagswahl-2021.pdf>

Gottesdienst zum Tag des Flüchtlings am 1.10.2021 um 18 Uhr in der Erlöserkirche München-Schwabing: "Den Fremdling sollst du nicht bedrängen"

UN-Bericht: 690 Mio. Menschen leiden an chronischem Hunger / Zuwachs von 60 Mio. seit 2014

Paritätscher Armutsbericht 2020

Armutsquote noch nie so hoch

Laut Welternährungsbericht der Welternährungsorganisation FAO ist die Zahl chronisch hungernder Menschen im vergangenen Jahr um zehn Millionen angestiegen. 144 Millionen Kinder unter fünf Jahren – mehr als 20 % – sind in ihrem Wachstum beeinträchtigt. Insgesamt zwei

Milliarden Menschen sind von mittlerer bis schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen. Die Zahlen bestätigen die besorgniserregenden Trends der vergangenen fünf Jahre.

Für 2020 befürchtet die UN-Organisation einen dramatischen Anstieg der hungern-

den Menschen um rund 80 bis 130 Millionen Menschen. FIAN kritisiert, dass die Maßnahmen gegen die COVID-Pandemie so ausgerichtet sind, dass die industriellen Ernährungssysteme weiter gestärkt werden. Eine Dokumentation von FIAN International zeigt, dass unter anderem in Ecuador, Kolumbien, Simbabwe, Senegal, Mosambik und den USA Märkte von Klein Händler*innen geschlossen wurden, während Supermärkte geöffnet blieben. Dadurch wurden Ernten vernichtet, Hunderttausenden Kleinproduzent*innen ihr Einkommen genommen und Millionen von Menschen der Zugang zu frischen und gesunden Lebensmitteln verwehrt. „Es ist eine bittere Realität, dass das Menschenrecht auf Nahrung von immer mehr Menschen verletzt wird, obwohl wir mehr als genug Nahrungsmittel produzieren“, so Philipp Mimkes, Geschäftsführer der Menschenrechtsorganisation FIAN Deutschland. Die Erreichung des Ziels, den Hunger bis 2030 zu besiegen, wird mehr und mehr unrealistisch. „In Ländern des Südens werden rund zwei Drittel aller Nahrungsmittel von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern produziert. Diese werden seit Jahrzehnten in unfruchtbare und abgelegene Gebiete abgedrängt und einem unfairen globalen Wettbewerb ausgesetzt. Die Politik muss endlich umsteuern – weg von konzerndominierten Ernährungssystemen hin zu einer Politik, die die Bedürfnisse von Landwirten und hungernden Menschen ins Zentrum stellt.“

Über drei Milliarden Menschen weltweit sind zu arm, um sich gesund ernähren zu können. Zudem offenbart der Bericht einen massiven Mangel an nährstoffhaltigen Nahrungsmitteln – Gemüse und Obst –, vor allem in Afrika. „Dazu tragen Industrieländer wie Deutschland erheblich bei, oft im Tandem mit Agrarkonzernen. Sie setzen stark auf den exportorientierten Anbau von Monokulturen wie Mais, Baumwolle oder Soja. Entwicklungshilfe wird oftmals

mit der Bedingung verknüpft, auf dieses Pferd zu setzen“, so Mimkes weiter. Agrarstrategien konzentrieren sich zunehmend auf sogenannte cash crops und vernachlässigen den kleinbäuerlichen Anbau traditioneller, nahrhafter Pflanzen, wie eine aktuelle Studie über die Agrar-Allianz AG-RA in 13 afrikanischen Ländern zeigt. „Wir müssen endlich begreifen, dass Hunger kein Schicksal ist! Hunger ist meist ein Resultat von Diskriminierung und Ausgrenzung“, so Mimkes. Ein Mix aus nationalen Politiken und internationalen Abkommen privilegiert heute einseitig industrielle und konzerndominierte Ernährungssysteme: inputintensive Landwirtschaft, sehr lange Versorgungsketten, globaler Handel, Investitionsabkommen oder marktbasierter Antworten auf die Klimakrise.

Verdeutlicht wird die Situation durch die Entwicklung in Lateinamerika. Dort ist die Zahl hungernder Menschen seit 2015 um neun Millionen auf 48 Mio. angestiegen. Parallel dazu sind Anbau und Export von Agrarprodukten – insbesondere Zuckerrohr und Soja – auf ein Rekordniveau gestiegen. „Mit dem engen Fokus auf Produktionssteigerungen von wenigen Agrargütern sind wir in Sachen Hungerbekämpfung auf dem Holzweg. Dies veranschaulicht das aus den Fugen geratene Ernährungssystem: eine immer geringere Zahl von Investoren und Konzernen produziert und verkauft immer mehr Agrarprodukte, die nicht für die Ernährung der Hungernden bestimmt ist“, so FIAN-Referentin Gertrud Falk. „Allzu oft wurden in den letzten Jahren Markt- und Expansionsstrategien von Agrar- und Ernährungskonzernen als Hungerbekämpfung etikettiert“, so Gertrud Falk weiter. „Und die Staaten – sowohl die Zielländer als auch die Geber von Entwicklungshilfe – haben sich auf diesen Verkaufstrick eingelassen“, so Falk.

(Quelle: FIAN-Pressemitteilung)

Bericht von der Seawatch

19. AUG. 2021 —

Liebe Freund*innen von Sea-Eye,

nach einer dreimonatigen Festsetzung unseres Bündnisschiffes SEA-EYE 4, entließen die Inspekteur*innen der Italienischen Küstenwache am Mittwochabend, 18.08. 2021, die SEA-EYE 4 aus der sogenannten Verwaltungshaft. Im ersten Einsatz konnte unsere Crew insgesamt 408 Menschenleben, darunter 150 Kinder, retten und wur-

de anschließend in Palermo festgesetzt. Wie bei anderen Festsetzungen von deutschen Rettungsschiffen stellten die italienischen Behörden überhöhte Anforderungen an das Rettungsschiff, bemängelten die Zertifizierung des Schiffes und erklärten die Abwasser- und Müllentsorgungskapazitäten für unzureichend.



Nun gilt es schnellstmöglich zurück ins Einsatzgebiet zu kommen und Menschen aus Seenot zu retten. Um die nächste Rettungsmission zu finanzieren und das Schiff mit Proviant zu füllen, brauchen wir Ihre Hilfe! - Es folgt die Bitte um eine Spende. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung! Kim-Jesko Tamm

EKD-Ratsvorsitzender ruft auf zum internationalen Gedenktag zu Solidarität mit Geflüchteten

Zum diesjährigen Weltflüchtlingstag am 20. Juni hat der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm dazu aufgerufen für die Würde und Rechte von Geflüchteten einzutreten:

„Fast 80 Millionen Menschen sind weltweit vertrieben oder auf der Flucht. Die meisten Geflüchteten finden Aufnahme in Nachbarländern, denen selbst das Nötigste fehlt. Durch die Corona-Pandemie hat sich die Lage von Menschen auf der Flucht noch verschärft. Der Weltflüchtlingstag erinnert uns an ihr Schicksal - und in diesem Jahr auch an 70 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention“, so Bedford-Strohm. Die Konvention sei das wichtigste internationale Dokument für den Flüchtlingsschutz und bis heute unverzichtbar. „Die Würde und die

Rechte von Menschen auf der Flucht sind unverhandelbar - gerade in der Europäischen Union und an ihren Grenzen“, erinnerte Bedford-Strohm. Er rief dazu auf, für Geflüchtete aktiv einzutreten: „So groß die Not weltweit auch ist, wir sind nicht ohnmächtig. Wir können helfen, indem wir für Menschen in Not beten und sie damit dem Vergessen entreißen; indem wir für eine Politik eintreten, die Schutzbedürftige aufnimmt und Fluchtursachen lindert; indem wir spenden an die Diakonie Katastrophenhilfe oder andere Organisationen; indem wir weiter an der Seite derjenigen

bleiben, die unsere Solidarität und die Hilfe brauchen“, so der EKD-Ratsvorsitzende. Die UN-Vollversammlung hat den 20. Juni zum zentralen internationalen Gedenktag vor 20 Jahren für Flüchtlinge ausgerufen. Dieser Tag wird in vielen Ländern von Aktivitäten und Aktionen begleitet, um auf die besondere Situation und die Not von Millionen Menschen auf der Flucht

aufmerksam zu machen.

Der Weltflüchtlingstag ist den Flüchtlingen, Asylsuchenden, Binnenvertriebenen, Staatenlosen und RückkehrerInnen auf der ganzen Welt gewidmet, um ihre Hoffnungen und Sehnsüchte nach einem besseren Leben zu würdigen.

(Informationen zum kirchlichen Engagement für Geflüchtete finden Sie unter www.ekd.de/flucht-und-integration)

(Pressemeldung der ELKB, München, 18. Juni 2021)

Erpressbar?

Maximilian Popp erhebt in der Frage der europäischen Flüchtlingspolitik schwere Vorwürfe: Sie hätten sich von Autokraten erpressbar gemacht. „Manche Europapolitiker tun so,“ schreibt er, „als wäre Unmenschlichkeit der einzige Weg, Migration beherrschbar zu halten.“ Dabei hätten Fachleute immer wieder dargelegt, „wie eine humane, geordnete Migrationspolitik aussehen könnte.“

Das erste sei, sich von der Vorstellung zu verabschieden, es sei möglich, eine gesamteuropäische Flüchtlingspolitik durchzuführen. Länder wie Deutschland, Frankreich, die EU-Staaten hätten es „trotz unzähliger Anläufe“ versäumt, ein belastbares Asylsystem zu etablieren. Stattdessen setzen sie, betont Popp, „auf Deals mit Autokraten wie Erdogan – und auf Gewalt.“

Es ist jedenfalls nicht so, dass den zuständigen Organen der EU die Zustände besonders in den libyschen Flüchtlingsgefängnissen nicht bekannt wäre. Deutsche Diplomaten berichteten 2017 von „KZ-ähnlichen Verhältnissen“. Ein Bericht des Auswärtigen Dienstes der EU schreibt: „sexuelle Gewalt, Lösegelderpressung, Zwangsarbeit und ungesetzliche Tötungen“ seien weit verbreitet. Zu den Tätern gehören, so wird berichtet, Regierungsbeamte, bewaffnete Gruppen, Schmuggler, Menschenhändler und kriminelle Banden.

In dem Aufsatz „Europas Abfangjäger“ (Der Spiegel Nr. 18, 2021) wird beschrieben (Quelle: Die Analyse „Ausgeliefert“, Der Spiegel Nr. 21 vom 22.5.21)

reich und Schweden sollten eine „Koalition der Willigen“ bilden und das Asylrecht stärken. Diese Koalition müsse „legale Wege der Geflüchteten nach Europa“ schaffen. Das könnten, so betont Popp, humanitäre Visa sein, aber auch Programme der Familienzusammenführung oder das Resettlement-Programm der Vereinten Nationen. „Nur so lässt sich das Paradox auflösen, wonach Schutzsuchende zunächst illegal und auf meist mörderischen Routen die Grenzen überwinden müssen, um dann legal in der EU Asyl beantragen zu können.“

ben: Die „eigenen Beamten... sind sich bewusst, dass sie in erster Linie dabei helfen, Flüchtlinge von Europas Küsten fernzuhalten.“

Ich bin davon überzeugt, dass die Flüchtlingspolitik der EU falsch ansetzt. Die Flüchtlinge sind zu einem großen Teil junge Frauen und Männer. Die meisten von ihnen sind arbeitswillig und -fähig. Es wäre sinnvoll, die gesamte Flüchtlingspolitik in die Hände der Arbeitsressorts zu legen, den „Flüchtlingen“ offizielle Fluchtwege zu öffnen und ihnen Ausbildungs- und Arbeitsplätze anzubieten. – Warum die Flüchtlingspolitik dagegen eisern, nein krampfhaft festhält an den bisherigen, untauglichen Wegen, erklärt sich vermutlich nur aus den von Herrn Popp dargelegten Gründen. Es wäre höchste Zeit, Änderungen herbeizuführen!

HHW

An Europas Außengrenzen

Der junge Syrer Jouma al-Badi dachte, er hätte es geschafft: Er stand zusammen mit 23 weiteren Flüchtlingen auf europäischem Boden! Von der Türkei waren sie mit einem Schlauchboot auf die griechische Insel Samos herübergekommen. Jetzt wollte er Schutz beantragen. Griechische Sicherheitskräfte aber griffen die Flüchtlinge auf und schleppten sie zurück aufs offene Meer, setzten sie auf einem aufblasbaren Gummifloß aus. Eine Nacht lang fuhren griechische Grenzschützer mit ihren Motobooten um die Frauen und Männer herum und drängten sie vom Land ab. Dann brachten sie die Flüchtlinge in die Türkei.

(Bericht eines Betroffenen)

Anlass zu großer Sorge

Monika Grütters, CDU-Politikerin, Kulturstatsministerin im Kanzleramt, ist hoch besorgt über den unerbittlich harten Kurs der russischen Regierung gegenüber Journalistinnen und Journalisten. „Die jüngsten Maßnahmen gegen unabhängige Medien in Russland wie gegen die Investigativ-Websites ‘Projekt’ und ‘The Insider’ geben Anlass zu größter Sorge“, sagte sie. „Unabhängige und kritische Medien, die Miss-Stände und Skandale aufdecken, sind notwendig in jeder aufgeklärten Gesellschaft. Sie sind konstitutiv für jede Demokratie.“ Es sei ihr unverständlich, „wie die russische Regierung, statt dies anzuer-

kennen, kritische Medien offenbar immer mehr als Bedrohung empfindet und sie so harsch sanktioniert“. In den vergangenen Monaten habe die russische Regierung die Arbeit unabhängiger Medien extrem erschwert und sie als „ausländische Agenten“ oder „Unerwünschte Organisationen“ eingestuft. Die Wohnung des Chefredakteurs des „Insider“, der unter anderem zum mutmaßlichen Auftragsmord im Kleinen Tiergarten in Berlin und zum Giftanschlag auf den Kreml-Gegner Navalny recherchiert hat, wurde vor kurzem untersucht.

(Quelle: Der Spiegel vom 31.7.21)

Skandalös!

Der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm hat die Zustände in den Flüchtlingslagern an den Außengrenzen der EU kritisiert: „Ich finde es skandalös, dass die menschenunwürdigen Zustände in den Flüchtlingslagern an den Außengrenzen zur Abschreckung missbraucht werden.“ Europa, so der Bischof, „verrät seine eigenen humanitären Traditionen, wenn wir das weiter zulassen.“

(Quelle Zeitzeichen 3/21)

G20 müssen bei Schuldenerlass für Länder des Globalen Südens ernst machen!

Virus, Wirtschaftskrise und leere Staatskassen: In hochverschuldeten Ländern droht wegen Corona eine Katastrophe, weil Ausgaben für Bildung und Gesundheit gekürzt werden und Millionen Menschen in die Armut abrutschen könnten. Um das zu verhindern, müssen G20 und internationa-

le Finanzinstitutionen jetzt Schulden streichen – und damit Leben retten.

Hunderttausende Menschen haben eine Petition für einen Schuldenerlass unterschrieben, die von Oxfam, erlassjahr.de und ONE im Bundesfinanzministerium abgegeben wurde. Ziel und Forderung, dass im Rahmen der Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Welt-

bank - kombiniert mit einem Treffen der G20-Finanzminister*innen -, Olaf Scholz und seinen Kolleg*innen aus den G20-Staaten und die internationalen Finanzinstitutionen ihrer weltweiten Verantwortung gerecht werden und als wesentliche Gläubigerstaaten die hochverschuldeten Länder im Globalen Süden von ihrer Schuldenlast befreien.

Andernfalls drohen in den Schuldner-Ländern infolge des Corona-Virus und dem dadurch bedingten ökonomischen Sturzflug fatale Folgen: Leere Staatskassen und Kürzungen bei Bildung, Gesundheit und sozialer Sicherung. Und das heißt: mehr Kinder, die nicht zur Schule gehen können, mehr Menschen, die keine medizinische Versorgung erhalten und Millionen, die in die Armut abrutschen. Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu 500 Millionen Menschen weltweit aufgrund der Corona-Folgen in die Armut gedrängt werden könnten. Die Weltbank warnt, dass im Globalen Süden im kommenden Jahr weltweit bis zu 150 Milliarden US-Dollar weniger für Bildung ausgegeben werden könnten als ursprünglich geplant.

Damit das nicht passiert, müssen die G20 jetzt da weitermachen, wo sie im Frühjahr aufgehört haben. Da haben sie schnell reagiert und 73 Ländern in einem Schuldenmoratorium angeboten, den Schuldendienst bis Jahresende auszusetzen. Auch der IWF zog mit und erließ 25 Ländern mit besonders niedrigem Einkommen ihren Schuldendienst für dieses Jahr. Aber die Krise ist an Neujahr nicht vorbei, sie wird auch in den kommenden Jahren verheerende Auswirkungen haben. Mit Sambia hat nun das erste Land angekündigt, dass es aufgrund der Corona-Folgen seine Schulden nicht mehr bezahlen kann – dass weitere folgen werden, ist absehbar. Die G20-Finanzminister*innen müssen nun die notwendigen Schritte einleiten, um den Ländern zu helfen. Klare Aussagen fehlen bislang, auch von deutscher Seite: Finanzminister Scholz hat sich bislang kaum geäußert, wie es weiter gehen soll. Auch von Entwicklungsminister Müller, im Frühjahr noch Vorreiter beim Werben für einen Schuldenerlass, war in letzter Zeit erstaunlich wenig zu hören.

Um Druck auf Olaf Scholz und andere Finanzminister*innen zu machen, haben über 800.000 Menschen Petitionen unterschrieben und einen umfassenden Schuldenerlass gefordert.

Die Bundesregierung muss jetzt drei Forderungen voranbringen:

Erstens sollte sie sich jetzt dafür einsetzen, dass die Schuldeninitiative auf alle Länder, die Schuldenerlass benötigen, ausgeweitet wird. Bislang fallen hochverschuldete Länder wie Sri Lanka und Libanon durch das Raster, obwohl sie Unterstützung benötigen.

Zweitens muss die im Frühjahr verabschiedete Schuldeninitiative verlängert werden und zu einer echten Schuldenerleichterung führen. Die Zahlungen wie bislang zu stunden, reicht nicht aus. Derzeit zeichnet sich hier unter den G20, wie man hört, eine Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, sprich eine weitere Stundung, ab. Das ist zu wenig! Die G20 müssen sich darauf verständigen, die Schuldentrückzahlungen bis einschließlich 2022 komplett zu streichen. Und Deutschland sollte hier vorangehen.

Drittens müssen alle Gläubiger mitmachen. Weltbank und private Gläubiger wie Banken und Fondsgesellschaften pochen noch immer auf die Rückzahlung der Schulden, obwohl paradoxerweise gerade erst Weltbank-Chef Malpass Schuldenschnitte für hochverschuldete Länder gefordert hat. Deutschland muss seinen Einfluss in der Weltbank geltend machen und darauf hinwirken, dass sich eine Bank, deren Auftrag es ist, Länder im Globalen Süden zu unterstützen und die genau das Gegenteil tut, nicht weiter ihrer Verantwortung entziehen kann. Und während die G20-Länder auf Schuldentrückzahlungen in diesem Jahr verzichten, kassiert der Privatsektor munter weiter. Auch dies ist ein Unding, dem die Bundesregierung – gemeinsam mit anderen im Pariser Club der Gläubigerstaaten – im Rahmen des IWF und der Vereinten Nationen durch die Einführung von Gleichbehandlungsgrundsätzen einen Riegel verschieben muss.

(Quelle: Oxfam online Marlies Olberz)

Urteil gegen Veranstaltungs-Verbote:

Immer wieder ist es in den vergangenen Jahren vorgekommen, dass Israel-kritische Veranstaltungen verboten oder Räumlichkeiten für derlei Veranstaltungen gekündigt wurden. Deshalb ist die Nachricht von Martin Breidert wichtig:

Liebe Israel/Palästina-Interessierte,

falls es jemand noch nicht mitbekommen hat, der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat ein eindeutiges Urteil gegen die Stadt München gesprochen. der Beschluss des Münchner Stadtrates von 2017 ist rechtswidrig.

Entsprechend der Bayerischen Gemeindeordnung muss eine Kommune Räume zur Verfügung stellen, auch wenn die Veranstalter die israelische Politik kritisieren und zu BDS aufrufen. Die Gemeindeordnungen der Bundesländer haben alle vergleichbaren Bestimmungen. Wenn Kommunen Räumlichkeiten verweigern, sollte unverzüglich Widerspruch eingelegt werden. Wird der Widerspruch zurückgewiesen, sollte sofort eine Einstweilige Verfügung beim Verwaltungsgericht beantragt werden. Lasst uns nicht jammern, sondern klagen! Es ist davon auszugehen, dass die Israel-Lobby die Stadt München drängt, in die Revision zu gehen. Das wäre sehr zu begrüßen, denn es ist mit großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass das Bundesverwaltungsgericht nicht anders als das bayerische Gericht entscheiden wird. Notfalls ist bis zum Bundesverfassungsgericht oder bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu gehen. Dieser hatte am 11.6.2020 in einem vergleichbaren Fall in einem Urteil gegen den französischen Staat entschieden.

Mit besten Grüßen Martin Breidert

Breite Unterstützung der OECD-Beschwerde gegen HeidelbergCement

Vertreter*innen von Gemeinden aus Zentraljava in Indonesien haben – gemeinsam mit FIAN Deutschland, Inclusive Development International und der Heinrich-Böll-Stiftung – unterstützt von MISEREOR, Rettet den Regenwald u.a. Organisationen - bei der Bundesregierung Beschwerde gegen HeidelbergCement, einen der weltweit größten Zementhersteller, eingereicht. In der Beschwerde an die Nationale Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze weisen sie auf die Bedrohung der Existenzgrundlage der -zum Teil indigenen- Bevölkerung durch die geplante Kalksteinmine und das Zementwerk in den Kendeng-Bergen hin. Heidelberg Cement und die beteiligten Tochterunternehmen haben weder eine zufriedenstellende Prüfung in Bezug auf Menschenrechte und Umwelt (lokale Wasserressourcen/Ökosystem) noch eine sinnvolle Konsultation der lokalen Gemeinden durchgeführt. Dies sind klare Verstöße gegen die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen.

(Quelle: FIAN Pressemeldung)

„Wenn weltweit praktisch alle Fachleute sagen, Corona ist gefährlich und Impfen hilft, wer hat dann eigentlich das Recht zu sagen: Ich bin aber klüger? Das ist für mich ein nahezu unerträgliches Maß an Überheblichkeit.“ (Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble), dpa

Schluss-Satz der Erd-Charta:

***Lasst uns unsere Zeit so gestalten,
dass man sich an sie erinnern wird als eine Zeit,
in der eine neue Ehrfurcht vor dem Leben erwachte,
in der nachhaltige Entwicklung entschlossen auf den Weg gebracht wurde
Und als eine Zeit der freudigen Feier des Lebens!***

Ein Hinweis:

„Casa comun“ – vor und auf der Vollversammlung des ÖRK in Karlsruhe 2022

Im November 2019 gründeten Kairos Europa, Pro Ökumene und Pax Christi die **Ökumenische Vernetzungsinitiative Casa Comun**. Sie ruft auf zu einem „Ort der Begegnung für eine prophetische Ökumene aus Anlass der 11.Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen“, die vom 31.8.bis 8.9.2022 in Karlsruhe stattfindet.

Die Vernetzungsinitiative hat zum Ziel, den 1983 vom ÖKR angestoßenen „Konziliareren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung“ wieder neu in den Blickpunkt von kirchlicher Öffentlichkeit und sozialen Bewegungen zu rücken. Während die 10.Vollversammlung des ÖRK 2013 in Busan „die Herrschaft des Marktes“ in aller Deutlichkeit als „ein globales vom Mammon bestimmtes System“ bezeichnete, scheint im Moment die Frage nach dem System der neoliberalen wirtschaftlichen Globalisierung als Ursache der akuten Krisen in den Hintergrund zu treten. Casa comun hat sich deshalb im April 2020 in einem „Offenen Brief an die weltweite Ökumene“ zu Wort gemeldet.

Hertha Steinmaier

Der Begriff Casa comun entwickelte sich am Rand der römisch-katholischen Amazonas-Synode 2019. Casa comun - das soll in Karlsruhe ein realer „Ort der Begegnung, des Austauschs, des gemeinsamen Lernens und einer Spiritualität des Widerstands“ werden für Delegierte und Basisgruppen aus der Ökumene weltweit, die das Engagement gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung als prophetische Aufgabe der Kirchen begreifen. Der Ort wird noch bekanntgegeben.

Casa comun hat aber bereits virtuell begonnen. Schon jetzt ist ein Netz auch über Europa hinaus entstanden. Befreiungstheologische Stimmen werden gehört. Die internationale Auftaktveranstaltung „Gerechtigkeit, Friede und Bewahrung der Schöpfung heißt: den Kapitalismus als Ganzes überwinden“, die am 14.5. als Webinar stattfand, ist auf der homepage von Casa comun zu finden. Dort finden sich auch interessante Beiträge aus dem Ökumenischen Netz Rhein-Mosel-Saar zur Thematik.

Lesen Sie/lest selbst nach unter casa-comun-2022.de.

Erleichterung

Landesbischof und EKD-Ratsvorsitzender Heinrich Bedford-Strohm hat dem Evangelischen Pressedienst (epd) gesagt, er könne seine Erleichterung darüber „nicht verhehlen“, dass der Papst einen Rücktritt des Münchner Erzbischofs Reinhard Marx abgelehnt hat. Denn „wir brauchen die Stimme von Kardinal Marx – für die Ökumene, für die Reformprozesse der Kirche und auch als Stimme öffentlicher Theologie.“ (zeitzeichen 7/2021)

Neuer Vorsitz des Dachverbandes

Udo Hahn, Direktor der Evangelischen Akademie Tutzing, ist neuer Vorstandsvorsitzender des Dachverbandes der 17 Evangelischen Akademien in Deutschland. Er ist Nachfolger seines Hofgeismarer Kollegen Karl Waldeck, der nicht mehr kandidiert hatte.

(Quelle: zeitzeichen 6/2021)

Buchempfehlungen

Omri Boehm:

Israel – eine Utopie

Eine lebenswerte Zukunft für Israel

Zwischen einem jüdischen Staat und einer liberalen Demokratie besteht ein eklatanter Widerspruch, sagt der israelische Philosoph Omri Boehm. Denn Jude ist, wer „jüdischen Blutes“ ist. Nur die Gleichberechtigung aller Bürger kann den Konflikt zwischen Juden und Arabern beenden. Aus dem jüdischen Staat und seinen besetzten Gebieten muss eine föderale, binationale Republik werden. Eine solche Politik ist nicht antizionistisch, sondern im Gegenteil: Sie legt den Grundstein für einen modernen und liberalen Zionismus.

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich Israel dramatisch verändert. Während die Zwei-Staaten-Lösung als weithin gescheitert gilt, fehlt es der Linken an überzeugenden Ideen, die Israels Demokratie retten könnten. Angesichts dieses Desasters plädiert Omri Boehm dafür, die israelische Staatlichkeit neu zu denken: In seinem Buch entwirft er die Vision eines ethnisch neutralen Staates, der seinen nationalistischen Gründungsmythos überwindet und so endlich eine Zukunft hat. „Omri Boehm will Israels Geschichte mit Gerechtigkeit in Einklang bringen. Seine Ideen sind so radikal wie hoffnungsvoll. Für mich ist er der wichtigste Philosoph seiner Generation.“ (Susan Neiman)

Omri Boehm, geboren 1979 in Haifa, studierte in Tel Aviv und diente beim israelischen Geheimdienst Shin Bet. In Yale promovierte er über Kants Kritik an Spinoza, heute lehrt er als Professor für Philosophie an der New School for Social Research in New York. Er ist israelischer und deutscher Staatsbürger, hat unter anderem in München und Berlin geforscht und schreibt über israelische Politik in Haarets, (Die Zeit und The New York Times).

„Omri Boehms furchtlose Analysen sind Paradebeispiele für die Wucht des Philosophierens. Ein Denker in der Spur Hannah Arendts“, schreibt Wolfram Eilenberger. Und Eva Illouz ergänzt: „Omri Boehm ist der bedeutendste Intellektuelle aus der israelischen Diaspora in Europa und den USA. Sein Blick verfügt über die Schärfe des Fremden und das Mitgefühl des Zugehörigen. Dieser Doppelcharakter verleiht seiner Position ungewöhnliche moralische Kraft und gedankliche Klarheit“

(Alle Texte aus dem Umschlag des Buches)

Sepp Stahl

Der folgende Text entstammt dem Buch

Bernd Winkenmann "Die Wirtschaft zur Vernunft bringen" Sozialethische Grundlagen einer postkapitalistischen Ökonomie

Bernd Winkelmann

Was ich wirklich glaube

(Buchfassung 2016)

I. „Ich glaube an Gott, den Schöpfer des Himmels und der Erde.“

Ich glaube an „Gott“ als transzendenten Urgrund allen Seins, der unsere Raum-Zeit-Horizonte überschreitet, aus dem aber alles kommt, was ist: der Kosmos in seinen unzählbaren Welten, die Atome und ihre Energiefelder, die Moleküle und Zellen und alles Leben, die Geschichte des Alls und aller Zeiten mit vielleicht noch ganz anderem Leben in anderen Welten, auch dein und mein Geschick – Schöpfung als immerwährender Prozess göttlicher Evolution.

Ich glaube, dass zu diesem Evolutionsprozess des Seins auch Sterben und Vergehen, Leid und Zerstörung, auch Schuldigwerden und das gehört, was wir böse nennen. Und dennoch glaube ich, dass im Tiefsten und Letzten eine Bewegung von Licht, Schönheit, Liebe und Sehnsucht im Gang ist hin auf Sinn und Entfaltung, auf Heilung und ein „Einssein-in-allem“.

Dieses Göttliche offenbart sich in tausendfacher Weise im täglichen Leben, in aller Schöpfung, in der Geschichte, in den verschiedensten Religionen, Heiligen Schriften und spirituellen Lehrern – aber für uns immer nur gebrochen, erfassbar, nur in Bildern und Chiffren für das unverfügbare, nicht definierbare letzte Geheimnis. Nur ahnend erfahre ich „Gott“ als ein „Widerfahrnis“, das ich nicht machen kann, sondern das an mir geschieht – am ehesten im Gewissen und in einer Anrede, die mich unabdingbar angeht; manchmal in „Zeichen der Zeit“, in der Liebe, in mystischer Naturerfahrung, in Meditation und Gebet. Ich erfahre „Es“ als transpersonalen Seinsgrund in allem und zugleich als ein „Du“, das mich meint und sucht. Diese mich suchende Anrede gibt mir wie allem Leben einen persönlichen Lebenssinn im Prozess der göttlichen Evolution. Aufgabe des Lebens ist es, diesen Lebensruf wahrzunehmen und ihm zu folgen.

Ich glaube, dass es die größte „Sünde gegen Gott“ ist, wenn ich, wenn Menschengruppen und Religionen Gott in irgendeiner Weise in Bildern, Dogmen und Begriffen festlegen und ihn allein für sich beanspruchen als „ihren Gott“ gegen andere Götter, Menschen und Religionen.

II. „Ich glaube an Jesus Christus.“

Ich glaube, dass der göttliche Geist in Jesus in außerordentlicher Dichte und Unmittelbarkeit zur Wirkung und zur Sprache kam. Ich glaube, dass die Evolution des Göttlichen in Jesus gezielt dahin ging und geht, wo Leben ganz unten ist, gedemütigt, ausgebeutet, krank gemacht und ausgegrenzt wird – um hier von unten her aus Liebe und Wahrhaftigkeit die Neuwerdung des Lebens auferstehen zu lassen.

Ich glaube der „Reich-Gottes-Botschaft“ Jesu, dass eine andere Welt möglich und im Kommen ist, die „Schalom-Welt“ Gottes, in der Menschen wieder aus dem Tiefengrund des Lebens leben, zur Geschwisterlichkeit und Fürsorge, zum gewaltlosen Frieden und ehrfurchts-vollen Umgang mit der Schöpfung fähig werden. Wo Menschen bei aller Unvollkommenheit aus diesem Geist leben, ist das „Reich Gottes“ schon mitten unter uns und verändert die Welt in einem verborgenen inneren Prozess auf ihr Neuwerden zu.

Die Zeichen von Kreuz und Auferstehung zeigen, dass wir auch im tiefsten Leid, in größter Schuld, in den grausamsten Höllen des Lebens und im Sterben nicht aus „Gott“, dem liebenden Urgrund des Seins, herausfallen, sondern zum Leben auch durch den Tod hindurch geführt werden.

Ich glaube, dass „Gott“ in der Geistkraft Jesu in und außerhalb der Kirche, heute und zu allen Zeiten und überall dort unterwegs ist und wirkt, wo Menschen im Sinne Jesu der Wahrheit folgen, Liebe leben, für Gerechtigkeit und Frieden wirken, Leben schützen und fördern.

III. „Ich glaube an den Heiligen Geist und an eine heilige, allgemeine, christliche Kirche.“

Ich glaube, dass die wahre Kirche die „verborgene Kirche Jesu Christi“ ist, die allein aus dem Geistwirken des Göttlichen lebt. Sie wirkt überall dort, wo Menschen im Geist und in der Liebe Jesu leben und auf die Heilung unserer Welt hin wirken – bewusst oder unbewusst, innerhalb oder außerhalb christlicher Kirchen, in allen Völkern, auch in anderen Religionen und unter „Atheisten“.

Dennoch glaube ich, dass „Gott“ als Hilfe zum geistlich gestalteten Leben die Institution einer „Kirche“ gibt mit Riten, Verkündigung und Liturgien, mit besonderen Diensten, Berufen und Organisationen. Diese sind aber nur christlich und werden nur Bestand haben, wenn sie dem Geistwirken Jesu Christi nachspüren und ihm folgen.

Die erste Aufgabe der Kirche ist darum nicht ihr institutioneller Selbsterhalt, sondern der Bewegung „Gottes“ in die Welt hinein zu folgen, um hier mit anderen Menschen das Wirken göttlicher Evolution zu entdecken und zu bezeugen. Dabei hat sie in prophetischer Wachheit die Götzen, Fehlentwicklungen und Ungeister der Zeit aufzudecken, die Schalomansage für unsere Welt zu wagen, auf der Seite der Leidenden, Armgemachten und Ausgegrenzten zu stehen und deren Anwalt zu sein. Ich glaube, dass in diesen Aufgaben die wahre „Mission“ der Kirche liegt – nicht gegen andere Religionen und in der Bekehrung zum Eigenen, sondern dialogisch und gemeinsam mit anderen Religionen und Aufbruchsbewegungen. Ziel ist keine Einheitsreligion, sondern eine interreligiöse Ökumene, in der die Vielfalt der Religionen im gegenseitigen Respekt geachtet und ein transreligiöses Zusammenwirken für die Heilung der Welt gesucht wird.

Das Meer braucht uns nicht

Der Wind hat gedreht, und die Flut kommt herein
Dunkelgrau mit einem silbrigen Schein
Und über die Mole, da fliegt schon die Gischt
Wenn die Welle aufläuft und die Brise auffrischt
mit einem Mal füll'n sich die Priele im Sand
Und über den kahlen, verlassenen Strand
Treibt der Wind trock'ne Algen und Schaum vor sich her
Es ist da, das gewaltige, ewige Meer

Auf hellem Türkis tanzen glitzernde Lichter
Auf teerschwärzer Brandung weiß schäumende Wut
Es hat tausend Farben und tausend Gesichte
Im ewigen Wechsel von Ebbe und Flut
Erfüllt von Geschichten aus uralten Tagen
Beladen mit Spuk und Spökenkiekerein
Umwoben von Märchen, Legenden und Sagen
Wie viele Geheimnisse schließt es wohl ein?

Wie vielen bedeutet es Leben und Brot?
Ein paar starke Arme, ein Netz und ein Boot
Das braucht's, damit keiner, je Not leiden muss
Das Meer schenkt uns Nahrung im Überfluss
Wie vielen bedeutet es Arbeit und Lohn
Handwerk überliefert vom Vater zum Sohn
Wie viele Seeleute haben ihr Geschick
Auf Gedeih' und Verderb mit dem Meer verstrickt?

Wie viele Boote und Schiffe mag es wohl tragen
Zu dieser Stunde auf dem Erdenrund?
Und wie viele schlafen, von Stürmen zerschlagen
Mit Schätzen beladen tief auf seinem Grund?
Es ist Kommen und Gehen, es ist Nehmen und Geben
Und wie die Gezeiten, unstet wie der Wind
Es ist zärtlich und grausam, ist Tod und ist Leben
Und es lässt uns erahnen, wie winzig wir sind

Wir bringen ihm einen erbärmlichen Dank
Die Pflanzen zerstört und das Seegetier krank
Was da kreuchte und fleuchte verendet im Teer
Wir verseuchen das Meer und misshandeln es schwer
Die Ufer verpestet und übel schimpfiert
Von Zimmervermietern zubetoniert
Von Pissbuden und Imbissständen gesäumt
Doch es kommt eine Flut, die das alles wegräumt!

Und tobend und tosend schlägt es an die Klippen
Mit ungebrochener Urgewalt
Ich schmecke den salzigen Staub auf den Lippen
Nein, das Meer das ergibt sich uns wohl nicht so bald
Wie wir es vergiften, missachten und schänden
Wir stören nicht lange sein Gleichgewicht
Es wird uns nur abschütteln von seinen Stränden
Wir brauchen das Meer, doch das Meer braucht uns nicht!

Reinhard Mey